

Landtag Rheinland-Pfalz
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/71

71. Sitzung

Freitag, den 26. Juni 2009

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 15/3506 – 4290

Die Mündlichen Anfragen Nummern 10 bis 21 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.

**Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit
im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens**

Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3363 – 4301

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3363 – wird einstimmig angenommen. 4305

**Mittelstand in Rheinland-Pfalz zukunftsfähig machen: Gute Bedingungen für den
Mittelstand schaffen – Den Mittelstand auch in Zeiten der Finanzmarkt- und
Wirtschaftskrise unterstützen!**

Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3425 –

**dazu: Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stärken – den Mittelstand als zentralen
Motor der rheinland-pfälzischen Wirtschaft von Bürokratie- und
Steuerlasten befreien –**

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der FDP und CDU

– Drucksache 15/3534 – 4305

*Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3425 – und der Alternativantrag der
Fraktionen der FDP und CDU – Drucksache 15/3534 – werden jeweils an den
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. 4311*

**Ausbau eines leistungsfähigen und umweltschonenden Bahnnetzes
in Rheinland-Pfalz**

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/3447 – 4311

*Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3447 – wird an den Ausschuss für
Wirtschaft und Verkehr – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und
Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Europafragen überwiesen. 4315*

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten eindämmen**Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/3497 – 4315

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3497 – wird an den Innenausschuss

überwiesen. 4316

Punkt 27 wird von der Tagesordnung abgesetzt. 4316

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Professor Dr. Ingolf Deubel, Hendrik Hering; die Staatssekretärin Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel; die Abgeordneten Dr. Stefanie Lejeune, Uta Schellhaaß, Astrid Schmitt; die Staatsminister Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer; die Staatssekretäre Professor Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Dr. Karl-Heinz Klär, Dr. Carsten Kühl.

Rednerverzeichnis:

Abg. Bracht, CDU:	4296
Abg. Creutzmann, FDP:	4310
Abg. Dötsch, CDU:	4311
Abg. Dr. Krell, SPD:	4297, 4298, 4299
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	4303
Abg. Eymael, FDP:	4294, 4295, 4296, 4308, 4313
Abg. Frau Elsner, SPD:	4294
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:	4299
Abg. Frau Klamm, SPD:	4290, 4291, 4292
Abg. Frau Schäfer, CDU:	4292, 4293, 4294
Abg. Frau Thelen, CDU:	4302
Abg. Klöckner, SPD:	4301
Abg. Langner, SPD:	4296
Abg. Licht, CDU:	4300, 4301, 4307
Abg. Nink, SPD:	4312
Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:	4305
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:	4297, 4298, 4299
Frau Kraege, Staatssekretärin:	4292, 4293, 4294
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	4290, 4292, 4294, 4295
.....	4296, 4304, 4308, 4314
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:	4300, 4301
Präsident Mertes:	4290, 4291, 4292, 4293, 4294, 4295
.....	4296, 4297, 4298, 4299, 4300, 4301
Vizepräsident Bauckhage:	4312, 4313, 4314, 4315
Vizepräsidentin Frau Klamm:	4302, 4303, 4304, 4305, 4307, 4308, 4310, 4311

71. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 26. Juni 2009

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 71. Plenarsitzung des Landtags herzlich begrüßen. Frau Dickes und Herr Kollege Wehner sind zu Beginn schriftführende Abgeordnete.

Entschuldigt wegen zusätzlicher Termine sind heute Herr Vizepräsident Schnabel, Frau Schmitt, Frau Dr. Lejeune und Frau Schellhaaß. Der Ministerpräsident muss um 12:30 Uhr zu einer Beerdigung. Frau Dreyer ist auf einer Konferenz. Des Weiteren sind auf Konferenzen Frau Conrad, Herr Dr. Klär, und Herr Dr. Hofmann-Göttig versucht in Sevilla, am Ball zu bleiben. Herr Dr. Kühl ist in Zweibrücken bei einer Aufsichtsratssitzung.

(Licht, CDU: Um eine Brücke zu bauen!)

– Herr Licht, ja, um so viele zu bauen, wie wir an der Mosel haben.

(Licht, CDU: So viele sollen es gar nicht werden, es geht nur um einen!)

Meine Damen und Herren, es gibt etwas Erfreuliches. Unsere Kollegin, Frau Huth-Hage, hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Ihnen steht ein gutes und tolles Jahr bevor. Damit das auch so wird, haben wir für Sie ein Präsent bereitgestellt. Entweder holen Sie es sich ab, oder Sie schicken einen Ihrer Nachbarn.

(Harald Schweitzer, SPD: Oder Sie schenken es mir!)

Ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 15/3506 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hannelore Klamm, Margit Mohr, Hans Jürgen Noss und Christine Baumann (SPD), Einschränkungen bei der Postzustellung, bei Verteilzentren und verspätete Zustellung von Wahlbriefen durch die Deutsche Post AG** – Nummer 5 der Drucksache 15/3506 – betreffend, auf.

Ich erteile Frau Kollegin Klamm das Wort.

Abg. Frau Klamm, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die geplanten Einschränkungen bei der Briefzustellung durch die

Deutsche Post AG im Hinblick auf deren Auswirkungen in Rheinland-Pfalz (z. B. auf die Bürgerinnen und Bürger, auf die Postversorgung besonders des ländlichen Raums, die Beschäftigten und auf die Wirtschaft bzw. die kleinen und mittleren Unternehmen im Land)?

2. Wie beurteilt die Landesregierung die Absicht der Deutschen Post AG, montags mit weniger Beschäftigten Briefe, Zeitungen und Zeitschriften zuzustellen, im Hinblick auf deren Auswirkungen in Rheinland-Pfalz (z. B. auf die Beschäftigten, die Bürgerinnen und Bürger bzw. auf die Verlage)?
3. Wie bewertet die Landesregierung die zu späte Zustellung von Wahlbriefen durch die Deutsche Post AG bei der Europa- und Kommunalwahl 2009 in Landau auch vor dem Hintergrund des weiteren angestrebten Personalabbaus im Bereich der Postzustellung?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Ich darf bitten, dass Sie zumindest zu Beginn noch eine gewisse Ruhe bewahren.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Seit Anfang 2008 sind alle Postmärkte in Deutschland für den Wettbewerb freigegeben. Die postalische Grundversorgung der Bevölkerung, der sogenannte Post-Universaldienst, wird seitdem gemäß Artikel 87 ff. des Grundgesetzes nicht mehr von der Deutschen Post AG allein erbracht. Vielmehr sollen alle am Markt tätigen Postunternehmen zur Sicherung der Grundversorgung beitragen.

Allerdings hat die Deutsche Post AG wiederholt in der Öffentlichkeit und gegenüber der Bundesregierung betont, dass sie auch weiterhin bereit ist, die Gesamtheit der Post-Universaldienstleistung flächendeckend in Deutschland zu erbringen. Die Gewährleistung des Universaldienstes wird dabei von der Bundesnetzagentur in Bonn überwacht. Für die Sicherung der postalischen Grundversorgung genießt die Deutsche Post AG ein Privileg, das bislang keinem anderen deutschen Postunternehmen zuteil wird. So ist die Deutsche Post AG in weiten Teilen der von ihr erbrachten Leistungen

von der Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer befreit. Die Wettbewerbsunternehmen aber haben die Umsatz- und Mehrwertsteuer zu entrichten, wenn sie zwar Universaldienste erbringen, dies aber entweder nicht vollständig oder flächendeckend tun.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Landesregierung beurteilt die geplanten Veränderungen in der Briefzustellung außerordentlich kritisch. In der Post-Universaldienstleistungsverordnung sind Fristen für die Briefzustellung vorgegeben. Danach sollen 80 % der an einem Werktag aufgegebenen Sendungen am ersten Folgetag zugestellt werden. Weitere 15 % dieser an diesem Werktag aufgegebenen Sendungen sollen spätestens am zweiten Folgetag zugestellt sein. Dies ist ein durch den Gesetzgeber zugestandener Spielraum für den Dienstleistungserbringer.

Diese Fristen sind aber nicht dazu vorgesehen, bis an die Grenze des gerade noch Zulässigen ausgereizt zu werden. Eine so verstandene Unternehmenspolitik kann somit deutliche Konsequenzen insbesondere für die Versorgung ländlicher Räume, strukturell schwächerer Räume, haben; denn es könnte der Fall eintreten, dass insbesondere die Bevölkerung im ländlichen Raum zu den Postkunden gehört, für die die genannten Fristen nicht eingehalten werden. Wir werden dies nicht hinnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso wenig hinnehmbar ist die durch Medienberichte bekannt gewordene Absicht der Deutschen Post AG, wonach künftig montags sehr viel weniger Briefträger zum Einsatz kommen sollen. Sofern sich diese Berichte bestätigen, ist dies aus unserer Sicht nichts anderes als der Versuch, zu Lasten der strukturschwächer gelegenen Regionen Kosten zu sparen. Dies ist den Bürgerinnen und Bürgern dieser Regionen nur schwer zu vermitteln.

Aus diesem Grund wird sich Rheinland-Pfalz auf der kommenden Sitzung des Beirates bei der Bundesnetzagentur dafür einsetzen, dass die angekündigten Änderungen der postalischen Dienstleistung dezidiert untersucht und auf ihre Rechtskonformität überprüft werden, wie wir das bereits in der Vergangenheit bei anderen Fällen getan haben.

Zu Frage 3: Diese Sachverhaltsdarstellung beruht auf Mitteilungen der Stadtverwaltung Landau und der Deutschen Post AG gegenüber dem Landeswahlleiter. Gemäß Bundeswahlgesetz und Kommunalwahlgesetz sind Wahlbriefe, die nicht rechtzeitig bis zum Ende der Wahlhandlung am Wahlsonntag, 18:00 Uhr eingehen, zurückzuweisen. Die Einsender dieser Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt. Ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

Laut Auskunft der Stadtverwaltung Landau lieferte die Deutsche Post AG am Montag, den 8. Juni 2009 insgesamt 304 Wahlbriefe verspätet an. Wahlrechtlich ist allgemein anerkannt, dass die Wahlberechtigten die

Verantwortung für das rechtzeitige Vorliegen der Wahlbriefe bei der zuständigen Verwaltung haben, wenn sie von der Ausnahmeregelung der Briefwahl Gebrauch machen. Das betrifft auch die Transportgefahr durch die Deutsche Post AG.

Die Deutsche Post AG hatte der Stadtverwaltung Landau mitgeteilt, dass am Samstag, den 6. Juni, Wahlbriefsendungen in den Postfächern abgeholt werden können. Eine Terminsetzung – die Deutsche Post AG spricht von spätestens 10:00 Uhr vormittags – bestreitet die Stadtverwaltung Landau. Sie verweist auf eine Information, die keine bestimmte Uhrzeit als Abholtermin aufweist. Jedenfalls fand ein Beschäftigter der Verwaltung, der am Samstag, den 6. Juni gegen 11:50 Uhr die Wahlbriefe aus den Postfächern abholen wollte, keine Wahlbriefe vor. Eine Nachfrage bei der Filialeiterin des Postamtes nach Wahlbriefen ergab, dass keine auffindbar waren.

Die Deutsche Post AG hatte dazu dargelegt, dass angesichts des Ausbleibens eines Vertreters der Stadt die Wahlbriefe mit dem Ziel der Sonntagszustellung bereits weitergeleitet wurden. Von der Deutschen Post AG wie auch von der Stadtverwaltung wird übereinstimmend festgestellt, dass am Wahlsonntag entgegen der vertraglichen Vereinbarung zwischen der Deutschen Post AG und dem Bundesministerium des Innern die Briefkastenleerung von Freitag auf Samstag vor der Wahl nicht angeliefert wurde.

Die Deutsche Post AG gesteht ein, dass wegen einer falschen Etikettierung die Sonntagszustellung nicht durchgeführt wurde. Dieses Versäumnis liegt somit ausschließlich im Verantwortungsbereich der Deutschen Post AG. Trotz teilweise widersprechender Angaben dürfte die Stadtverwaltung Landau kein Verschulden daran treffen, dass die Wahlbriefe verspätet bei ihr eingetroffen sind.

Die Landesregierung wertet die verspätete Zustellung von Wahlbriefen der Stadt Landau anlässlich der Europa- und Kommunalwahl am 7. Juni als individuelle Fehlleistung dort zuständiger Bediensteter der Deutschen Post AG. Daraus lässt sich nicht auf eine allgemeine Unzuverlässigkeit der Deutschen Post AG beim Transport von Wahlbriefen schließen. Aus anderen Landesteilen sind ähnliche Vorkommnisse nicht bekannt.

Wie sich ein künftiger weiterer Personalabbau bei der Deutschen Post AG im Bereich der Postzustellung auf den Transport von Briefwahlunterlagen auswirken würde, lässt sich derzeit nicht abschätzen. In der Tendenz dürfte der Leistungsstandard aber wohl eher sinken.

So weit zur Beantwortung der Anfrage.

Präsident Mertes:

Gibt es Zusatzfragen? – Frau Kollegin Klamm hat eine Zusatzfrage.

Abg. Frau Klamm, SPD:

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, ob und wie weit die Gewerkschaften – zum Beispiel ver.di – bereits in die

Planungen eingebunden sind, die Tarifverträge dahin gehend zu ändern, dass längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich geplant sind?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Uns ist nicht bekannt, dass es Gespräche und Verhandlungen gibt. Aus Sicht von ver.di wird darauf hingewiesen, dass es bestehende Tarifverträge bezüglich Arbeitszeit, Arbeitsentgelt und Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen gibt, die erst Ende 2010 kündbar sind bzw. bis Juni 2011 laufen. Von daher sind uns Verhandlungen über die Gegenstände nicht bekannt.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Klamm.

Abg. Frau Klamm, SPD:

Welche Auswirkungen haben jetzt die Verlagerungen des Transports der Briefsendungen auf die Straße? Die Deutsche Post AG stellt den Inlandstransport per Flugzeug ab 1. Juli ein und will alles auf die Straße verlagern.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Die Übermittlung der Briefsendungen per Luftfracht ist eingeführt worden, um eine Beschleunigung herbeizuführen. Das jetzt vorgenommene Beenden des Transports über Luftfracht geschieht aus Kostengründen und wird das Serviceangebot der Deutschen Post AG verschlechtern. Das heißt, die Brieflaufzeiten werden sich dadurch tendenziell verlängern.

Präsident Mertes:

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dorothea Schäfer (CDU), Situation der Lebensmittelkontrolle in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund aktueller Presseberichte und Verantwortung der Landesregierung** – Nummer 6 der Drucksache 15/3506 – betreffend, auf.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schäfer.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die berichteten Defizite bei der Personalsituation der Lebensmittel-

kontrolle, insbesondere vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer belastbaren Bemessungsgrundlage hierfür?

2. Wie beurteilt die Landesregierung die berichteten Defizite bei der Erfassung zu kontrollierender Betriebe vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, Statistikdifferenzen und Erfassungsfehler zu vermeiden?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die berichteten Defizite bei Kontrollintervallen und Kontrollintensität für Regelkontrollen, Nachkontrollen und Verdachtskontrollen vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, eine dem Verbraucherschutz landesweit angemessene Kontrolldichte sicherzustellen?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den berichteten Defiziten, um ihrer Verantwortung für den Verbraucherschutz nachzukommen, insbesondere um es zu vermeiden, dass eine unzureichende personelle Ausstattung durch eine möglichst schnelle Durchführung der Kontrollen kompensiert wird?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Kraege.

Frau Kraege, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die in der Fragestellung angesprochene Presseberichterstattung bezieht sich auf den Kommunalbericht 2009 des Landesrechnungshofs. Diesem liegen stichprobenartig Kontrolluntersuchungen von neun Kommunen im Jahr 2006 zugrunde. Der Landesrechnungshof hat die Kommunen geprüft. Er hat an die Adresse der Kommunen Hinweise zur Verbesserung und Effizienzerhöhung der Lebensmittelüberwachung gegeben, die sich auf Organisation, Ausstattung und Personalbedarf beziehen. Auch aus Sicht der Landesregierung enthält der Bericht in dieser Differenzierung wertvolle Hinweise und ergänzt die Bewertung, die wir selbst vornehmen. Der Bericht ist naturgemäß eine Momentaufnahme und entspricht aufgrund der kontinuierlichen Entwicklungen im Rahmen des Qualitätsmanagements nicht mehr in allen Punkten dem aktuellen Stand. Einiges ist in Abstimmung und auch mit Unterstützung des Landes getan worden. Frau Ministerin Conrad hatte diverse Male Gelegenheit, das Parlament über die Entwicklungen in diesem Bereich zu unterrichten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dorothea Schäfer wie folgt:

Zu Frage 1: Nach der Kommunalisierung der Lebensmittelkontrolle im Jahr 1996 ist es Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte, das für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen. Auch die Organisation fällt in die Zuständigkeit der Kommunen. So hat der Landesrechnungshof zum Beispiel festgestellt, dass bei einigen Kommunen

der Anteil der Außendiensttätigkeit zu gering sei, eine Entlastung von Routinearbeit durch Verwaltungskräfte möglich ist und auch eine bessere technische Ausstattung im Außendienst die originäre Kontrolltätigkeit erhöhen könnte.

Mittlerweile haben die Kommunen diese Hinweise aufgenommen und zum Teil auch zusätzliche Lebensmittelkontrolleure eingestellt. Was die Bewertung der Personalausstattung anbelangt, bestätigt der Rechnungshof unseren Ansatz, dass weder die Einwohnerzahl noch die Zahl der Kontrollen allein geeignet sind, den Bedarf an Lebensmittelkontrolleuren festzulegen. Dies ist vielmehr an der Anzahl der Betriebe und ihrer Risikoeinstufung auszurichten.

Zu Frage 2: Das Ministerium hat initiiert, dass sich die unter anderem für Statistikfragen zuständige Arbeitsgruppe der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz mit den von der EU herausgegebenen Leitlinien zur Statistik befasst, um zu vergleichbaren Erhebungsgrundlagen zwischen den Bundesländern zu gelangen. Ungeachtet dessen gibt es in den Ländern nach wie vor erhebliche Unterschiede in der Erfassungspraxis der Betriebe und damit der Betriebsstättenstatistik, die dann auch ein verzerrtes Bild wiedergeben. Auch hierauf hatten wir diverse Male sowohl im Plenum als auch im Ausschuss hingewiesen.

Das Ministerium hat im Rahmen des Qualitätsmanagements den zuständigen Behörden eine Arbeitsanweisung zur einheitlichen Datenerfassung und Datennutzung gegeben, damit im Land vergleichbare objektive und aussagekräftige Statistiken und Kennzahlen über den Vollzug der amtlichen Lebensmittelüberwachung dargestellt werden können. Zudem wurde diese Arbeitsanweisung in Verbindung mit der Einführung von BALVI IP, der landesweit einheitlichen Software für den Bereich der Lebensmittelüberwachung, überarbeitet und angepasst. Die landesweit einheitliche Erfassung war zudem Gegenstand von Dienstbesprechungen und Schulungsveranstaltungen des Ministeriums für Lebensmittelkontrolleure. Auch ist die Umsetzung der Arbeitsanweisung Gegenstand der Auditierung im Rahmen des Qualitätsmanagements. Die Erstauditierung aller Kommunen konnte bereits Ende 2008 abgeschlossen werden.

Zu den Fragen 3 und 4: Die vom Rechnungshof beschriebenen unterschiedlichen Kontrollintervalle von Betrieben hatte das Ministerium bereits zuvor zum Anlass genommen, eine risikoorientierte Einstufung der Betriebe als Basis für das Kontrollmanagement vorzuschreiben. Das heißt übersetzt, der Getränkehändler unterliegt anderen Kontrollintervallen als der Bäcker, und dieser wiederum anderen als der Metzger. Die Häufigkeit der Kontrollen richtet sich zudem nach Erkenntnissen der Vor-Ort-Überwachung, nach dem System der Eigenkontrolle in den Betrieben und aber eben auch nach eventuellen Verstößen. Dieser Ansatz war zum Zeitpunkt der Kontrolle durch den Rechnungshof in der Einführung, worauf der Bericht auch eingeht.

Mittlerweile ist ein landesweiter Server installiert. Unter Beteiligung der Kommunen wurde eine Software erarbeitet, die allen Kommunen zur Verfügung steht und dazu beiträgt, mit Hilfe einer computergestützten risikobasier-

ten Einstufung der Betriebe eine landesweite Vergleichbarkeit nicht nur bei der Einstufung der Betriebe, sondern auch bei den Kontrollfrequenzen zu erzielen. Dieser Ansatz ist Teil des umfassenden Qualitätsmanagements in der Lebensmittelüberwachung. Das Land hat von Anfang an die zuständigen kommunalen Behörden beim Aufbau des QM-Systems unterstützt. Die Erstauditierung belegt die Fortschritte, die wir in den Kommunen bereits erzielt haben.

Über diese Maßnahmen hinaus finden im Rahmen der fachaufsichtlichen Zuständigkeit des Ministeriums Besuche bei den Behörden vor Ort statt. Dies ist nicht in allen Bundesländern selbstverständlich. Mit etwa zwei Dritteln der Kommunen wurden bereits Gespräche geführt. Bei diesen Besuchen wurden neben konkreten Anlässen, wie etwa Fragen zur Zulassung von Betrieben oder der Akreditierung von Trichinen-Labors, auch Fragen der personellen Ausstattung, des inneren Ablaufs und andere QM-relevante Themen angesprochen.

Diese Besprechungen mit den Behörden vor Ort dienen der Verbesserung der Lebensmittelüberwachung insgesamt und natürlich auch einer angepassten Kontrollintensität und -qualität, die von den Behörden vor Ort sehr positiv angenommen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Gibt es Zusatzfragen? – Frau Kollegin Schäfer, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Frau Staatssekretärin, am Mittwoch wurde der 2. Verbraucherschutzbericht vorgelegt. Auf Seite 17 steht zur Lebensmittelüberwachung, dass sie flächendeckend qualitätsgesichert ist, und zwar seit dem März 2007. Wie deckt sich das mit den anderslautenden Ergebnissen des Kommunalberichts, der sich durchaus auch auf das Jahr 2007 bzw. auf das Jahr 2008 bezieht?

Frau Kraege, Staatssekretärin:

Ich hatte ausgeführt, dass die Prüfung der Kommunen im Jahr 2006 erfolgt ist. Die Einführung des Qualitätsmanagements ist im Jahr 2006 den Kommunen angekündigt worden, hat aber erst im Jahr 2007 begonnen.

Ich hatte auch die Frage der Lebensmittelkontrolleure angesprochen, die im Kommunalbericht ebenfalls eine entscheidende Rolle spielt. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Kommunen da ihre Verantwortung sehr ernst nehmen und wir in der Defizitanalyse und der Aufarbeitung der Defizite eng beieinander sind. Die Kommunen hatten beispielsweise im Bereich der Lebensmittelkontrolle – es handelt sich um Zahlen zu Kräften und nicht zu Stellen – zum Zeitpunkt der Untersuchung, also im Jahr 2006, 99,8 Kräfte, während sie

aktuell 115 Kräfte haben. Weitere 14 Kräfte befinden sich in der Ausbildung. Da ist meiner Meinung nach eindeutig eine Tendenz zu erkennen. Daran kann man auch ablesen, dass das eine Momentaufnahme war, die wir sehr ernst nehmen. Jetzt arbeiten wir gemeinsam mit den Kommunen – jeder in seiner Verantwortung – die Dinge auf und optimieren sie weiter.

Präsident Mertes:

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Frau Elsner, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Staatssekretärin, ich habe die Frage, ob in all diese Zahlen auch die Veterinäre einbezogen sind.

Frau Kraege, Staatssekretärin:

Nein, wir reden jetzt schlicht nur über die Lebensmittelkontrolleure. Das ist das, was der Rechnungshof geprüft hat. Die Veterinäre kommen noch hinzu.

Präsident Mertes:

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Ein Handzeichen macht es uns leichter. Wir haben das Pünktchen auch gesehen, aber wir trauen dem Apparat nicht immer. Ich erinnere an gestern. – Frau Schäfer, Sie haben eine zweite Zusatzfrage.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Der Kommunalbericht spricht von einer allgemein sehr schwierigen finanziellen Situation der Landkreise und der kreisfreien Städte. Wir haben gestern in der Aktuellen Stunde darüber gesprochen. Ich frage: Wie beurteilen Sie denn den Zusammenhang an dieser Stelle, zumal auch im Kommunalbericht von sehr unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten gesprochen wird?

Frau Kraege, Staatssekretärin:

Ich möchte nicht das Thema der Aktuellen Stunde von gestern doppeln, aber ich meine, wir haben für den Bereich, der uns betrifft – nur für den kann ich sprechen – ganz klare Regeln. Die kreisfreien Städte haben schon immer die Aufgabe der Lebensmittelüberwachung wahrgenommen. Den Kreisen wurde sie 1996 übertragen. Dies ist nicht gegen ihren Widerstand geschehen, sondern sie wollten diese Aufgabe wahrnehmen. Damals ist der Betrag für das Personal, das staatlicherseits für diese Aufgaben beschäftigt war, den Kommunen zur Verfügung gestellt worden. Dieser Betrag ist auch dynamisiert worden. Er belief sich – umgerechnet in Euro – Ende 1994 auf knapp 1,6 Millionen Euro und beläuft sich heute auf 2,1 Millionen Euro. Die Kommunen nehmen mit diesem Geld die Aufgaben in eigener Verantwortung wahr.

Wir haben seit 2004 in der Landesverfassung das Konnexitätsprinzip verankert. Seitdem – erst seitdem – gilt der Grundsatz, dass dann, wenn die Erfüllung öffentlicher Aufgaben den Gemeinden oder Gemeindeverbänden übertragen wird oder das Land besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben stellt, ein entsprechender finanzieller Ausgleich an die Kommune zu erfolgen hat. Nach diesen Regeln richtet sich auch die Frage, wie wir mit den Finanzen in diesem Bereich umgehen.

Präsident Mertes:

Weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen liegen mir nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Günter Eymael und Herbert Mertin (FDP), Verzögerung des Baus der Mittelrheinbrücke aufgrund der nicht vollständigen Vorlage der Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Land Rheinland-Pfalz** – Nummer 7 der Drucksache 15/3506 – betreffend, auf.

Herr Eymael, Sie haben das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit treffen die seitens der UNESCO gegenüber der Landesregierung erhobenen Vorwürfe zu?
2. Aus welchen Gründen wurden von der seitens der UNESCO erbetenen Umweltverträglichkeitsprüfung plus Verkehrsanalyse lediglich Zusammenfassungen nach Paris versandt und nicht die vollständige Langfassung der beiden Gutachten?
3. Inwieweit können sich durch die jüngste Stellungnahme der UNESCO weitere Verzögerungen im Hinblick auf den Bau der Mittelrheinbrücke zwischen St. Goar und St. Goarshausen ergeben?
4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in den letzten Tagen bei der UNESCO ergriffen, um doch noch eine zeitnahe Entscheidung zum Bau einer Brücke zwischen St. Goar und St. Goarshausen über den Mittelrhein zu erreichen?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahr 2002 ist das Mittelrheintal mit seiner einzigartigen Landschaft als eine von Menschen geformte Kulturlandschaft mit rund 40 Burgen und Schlössern,

aber auch als Verkehrsweg von europäischer Bedeutung von der UNESCO als Welterbe geädelt worden.

Im Hinblick auf die Verkehrserschließung des Tals gibt es derzeit zwischen den Oberzentren Mainz und Koblenz auf einer Stromlänge von 84 Kilometern keine festen Rheinquerungen. Dies wirkt sich nachteilig auf die Erreichbarkeit der Rheinufergemeinden aus und schränkt die Bevölkerungs- und Wirtschaftsperspektiven des Mittelrheins stark ein.

Auch die kommunalen Gebietskörperschaften, insbesondere die Kreise Rhein-Hunsrück und Rhein-Lahn, sehen im Bau einer festen Rheinquerung die Möglichkeit, der negativen Entwicklung entgegenzuwirken.

Für die Landesregierung ist selbstverständlich, eine feste Rheinquerung kann nur im Einklang mit dem Welterbe gebaut werden. Der Welterbestatus des Mittelrheintals darf und wird nicht gefährdet werden.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, das darf aber genauso auch nicht mit einer Käseglocke gleichgesetzt werden, die über das Tal gestülpt wird und jede weitere Entwicklung verhindert. Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass dies auch die UNESCO letztendlich so sehen wird.

Die vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Zunächst kann nicht die Rede davon sein, die UNESCO habe Vorwürfe erhoben. Richtig ist, dass eine von ICOMOS erarbeitete Beschlussvorlage für die 33. UNESCO-Welterbekomiteesitzung vom 22. bis 30. Juni 2009 in Sevilla bekannt geworden ist. Darin behauptet ICOMOS, dass die Langfassungen der vom Land erstellten Umweltverträglichkeits- und Verkehrsgutachten angefordert und nicht übermittelt worden seien. Diese Aussage von ICOMOS entspricht nicht den Tatsachen.

Die Landesregierung hat dem UNESCO-Welterbezentrum zugleich mit der Zusendung der Zusammenfassungen angeboten, auf Nachfrage auch die Langfassungen der Gutachten in deutscher Sprache zu übermitteln. Nachdem die UNESCO auf dieses Angebot bisher nicht eingegangen ist und die Vorwürfe von ICOMOS im Beschlussvorschlag bekannt wurden, hat die Landesregierung unaufgefordert die Langfassungen dem UNESCO-Welterbezentrum in Paris übermittelt.

Zu Frage 2: Mit Schreiben vom 9. September 2008 hat das UNESCO-Welterbezentrum das Land Rheinland-Pfalz um einen Sachstandsbericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung und eine ergänzende Verkehrsuntersuchung zu einer Mittelrheinquerung bis zum 1. Februar 2009 gebeten. Danach wurden diese Gutachten Ende September 2008 in Auftrag gegeben.

Termin für die Fertigstellung war der 1. Februar 2009. Damit war ein sehr enger zeitlicher Rahmen vorgegeben, insbesondere bei der Erarbeitung der Umweltverträglichkeitsstudie, die eine Fülle von Details und Aspek-

ten beinhaltet. Die UNESCO wurde im Übrigen Anfang Oktober über die Untersuchungsinhalte unterrichtet.

Die ersten Fassungen der Gutachten lagen zum 1. Februar 2009 vor. Aufgrund des Umfangs der Gutachten in deutscher Sprache wurden in Abstimmung mit dem UNESCO-Welterbezentrum Zusammenfassungen der Ergebnisse der Untersuchungen durch die Gutachter erstellt und im März 2009 in englischer Sprache übersandt.

Zu den Fragen 3 und 4: Der Beschlussvorschlag der UNESCO gibt vor dem geschilderten Hintergrund die Tatsachen nicht korrekt wieder. Die Landesregierung hat deshalb das UNESCO-Welterbezentrum angeschrieben und um eine Richtigstellung und Änderung des Beschlussvorschlages gebeten. Der Punkt Rheinquerung ist derzeit noch nicht von den UNESCO-Gremien beraten worden.

Die in Sevilla anwesenden Vertreter der Landesregierung kommunizieren in enger Abstimmung mit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNESCO insbesondere im Zusammenwirken mit Herrn Botschafter Overfeld die Position der Landesregierung. Sie hoffen, dass angesichts der tatsächlichen Sachlage das UNESCO-Welterbekomitee dem Vorschlag von ICOMOS nicht folgen wird.

Im Übrigen ist die Landesregierung davon überzeugt, dass die Ergebnisse des Architekturwettbewerbs, die dem UNESCO-Welterbekomitee in Sevilla präsentiert werden sollen, und der preisgekrönte Entwurf das Komitee davon überzeugen werden, dass eine welterbeerträgliche Brücke möglich ist.

So weit zur Beantwortung.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Staatsminister, ich habe gelesen, dass Sie heute Nachmittag um 15:00 Uhr eine Pressekonferenz zu dem Thema „Mittelrheinbrücke“ geben. Werden Sie dort verkünden, dass die UNESCO Ja sagt und die Ampel für die Mittelrheinbrücke auf Grün steht?

(Licht, CDU: Das würde er gern!)

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich würde gern um 15.00 Uhr eine Pressekonferenz abhalten und dort sagen, dass es ein Ja gibt. Diese Pressekonferenz wird nicht stattfinden, da nach unseren jetzigen Informationen nicht damit zu rechnen ist, dass heute der Tagesordnungspunkt aufgerufen wird.

Wir gehen eher davon aus, dass dieses Thema morgen in Sevilla beraten wird. Die Diskussion um die Aberken-

nung des Welterbes Dresden hat den gesamten Fahrplan der Konferenz durcheinandergebracht. Dadurch ist eine Verzögerung von ein oder zwei Tagen eingetreten.

Herr Kollege Eymael, deswegen wird es die Pressekonferenz heute um 15:00 Uhr nicht geben. Sie brauchen keine Befürchtungen zu haben. Sobald wir ein Ergebnis haben, werden wir dieses der Öffentlichkeit mitteilen.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Langner.

Abg. Langner, SPD:

Herr Minister, wie bewerten Sie die Erfolgsaussichten für die Mittelrheinbrücke bei der Genehmigung durch die UNESCO vor dem Hintergrund der gestern erfolgten Aberkennung des Welterbestatus für das Dresdner Elbtal?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Es ist sehr bedauerlich, dass zum ersten Mal gegen den Willen einer Region und eines Staates einem Welterbe die Anerkennung entzogen wurde. Dresden ist der erste Fall. Dies wird nach meiner festen Überzeugung – so bedauerlich das für Deutschland und für Dresden ist – die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass wir die Erlaubnis bekommen, die Brücke weiter zu planen, zumal wir eine komplett andere Vorgehensweise wie Dresden gewählt haben.

Dresden hat unter Missachtung der UNESCO die Planung der Brücke vorangetrieben und trotz Warnungen der UNESCO mit dem Bau der Brücke begonnen. Wir haben jeden Schritt mit der UNESCO abgestimmt. Ich hatte auch im Jahr 2006 die Entscheidung getroffen, dass keine formellen Planungsverfahren, wie die Raumordnung, in Auftrag gegeben werden, ohne dass dies mit der UNESCO abgestimmt ist.

Wir sind der festen Überzeugung, dass man im Konsens mit der UNESCO ein Weltkulturerbe fort- und weiterentwickeln kann. Darüber hinaus bin ich der festen Überzeugung, dass es auch möglich sein muss, eine weltkulturerbeverträgliche Brücke am Mittelrheintal zu bauen. Ich glaube, dass die Chancen durch die Entscheidung über Dresden eher gestärkt werden.

Der UNESCO gehören keine Fundamentalisten an, sondern sie ist in der Lage, im Dialog mit den Regionen Welterbe fort- und weiterzuentwickeln. Wir wollen dort gern als Pilotprojekt ein positives Beispiel setzen.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Staatsminister, Sie setzen voll auf die Brückenlösung. Könnte es auch sein, dass die UNESCO Rheinland-Pfalz bittet, seine Tunnellösung zu zeigen? Ist diese eventuell umweltverträglicher oder nicht? Ich weiß, dass es in der Landesregierung zwischen dem Herrn Kollegen Hofmann-Göttig und anderen vielleicht sogar Missverständnisse gegeben hat. Jedenfalls war das in der Presse erkennbar. Steht die Landesregierung auch noch zur Tunnellösung, oder setzt sie voll und ganz auf die Brücke?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Wir stehen zum Bau einer festen Rheinquerung. Wenn, was ich nicht hoffe, der Bau einer Brücke mit der UNESCO nicht vereinbart werden kann, haben wir immer kommuniziert, dass dies nicht dazu führen wird, dass wir die Anerkennung als Weltkulturerbe riskieren. Dann sind wir auch bereit, einen Tunnel zu bauen und die notwendigen Finanzmittel dafür bereitzustellen.

Wir haben allerdings unsere Hausaufgaben vollumfänglich gemacht. Wir haben die Tunnelvariante geprüft. Auch sie ist Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung gewesen.

In welchem Umfang bestehen Beeinträchtigungen durch einen Tunnel? Hier ist zu nennen, dass in enormem Umfang Abraummaterial entsorgt werden muss; denn bei einem 1,6 Kilometer langen Tunnel fallen enorme Abraummaterialien an. Das ist untersucht worden. Auch das ist Gegenstand sowohl der Kurz- als auch der Langfassung der Gutachten. Von daher liegen diese Unterlagen der UNESCO vor.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, ich will trotzdem noch einmal nachfragen. Der Vorschlag für die Komiteesitzung war, diesen Tagesordnungspunkt mit der Begründung zu vertagen, dass keine ausreichenden und nicht alle Unterlagen vorgelegt worden seien, die erforderlich seien, um eine abschließende Beurteilung vorzunehmen. Können Sie noch einmal deutlich machen, ob das stimmt und wie das aus Sicht der Landesregierung zu bewerten ist?

(Ministerpräsident Beck: Das kann man gar nicht oft genug sagen!)

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich will das gern noch einmal wiederholen. Dieser Vorwurf trifft nicht zu. Wir haben in Abstimmung mit der UNESCO dieser eine Kurzfassung beider Gutachten in

englischer Sprache vorgelegt, und zwar wissend, welcher administrative Aufwand betrieben werden muss – dort werden 300 Tagesordnungspunkte vorbereitet –, um mehrere Hundert Seiten Gutachten auszuwerten und in englischer Sprache zu übersetzen.

Wir haben dies für das UNESCO-Welterbezentrum vorgenommen und in dem Schreiben angeboten, dass wir jederzeit bereit sind, die Langfassung in deutscher Sprache vorzulegen. Eine entsprechende Anforderung seitens des Büros in Paris hat es nicht gegeben.

Den Vorwurf haben wir erstmals aus dem Beschlussvorschlag erfahren. Danach haben wir die Unterlagen unmittelbar zugesandt. Ihnen ist aber bekannt, dass ICOMOS die Pläne des Baus einer Brücke, aber auch eines Tunnels, sehr massiv bekämpft. Ihnen ist zum Teil die Wortwahl bekannt.

Aus dieser Motivation heraus ist es vielleicht auch zu dem falschen Vorwurf gekommen. Wir haben aber sowohl gegenüber dem Büro in Paris als auch den Delegationen in Spanien Vorsorge getroffen, dass dies bei der Entscheidung klargestellt wird.

Präsident Mertes:

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen des Staatlichen Aufbaugymnasiums Alzey und Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Edenkoben. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Krell und Ulla Brede-Hoffmann (SPD), Erstes Helmholtz-Institut in Mainz** – Nummer 8 der Drucksache 15/3506 – betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Kollege Krell.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Ziele werden mit der Gründung des Helmholtz-Instituts Mainz verfolgt?
2. Welche besonderen Qualitäten der Universität Mainz waren u. a. mitentscheidend dafür, dass die Entscheidung für den ersten Standort eines solchen Instituts auf die Universität Mainz fiel?
3. Welches sind die Forschungsschwerpunkte des Instituts?
4. In welchem Umfang stellt das Land Mittel zur Finanzierung der Arbeit des Instituts zur Verfügung?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatsministerin Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Mündliche Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Mit der Gründung des Helmholtz-Instituts Mainz wird Neuland in der deutschen Forschungslandschaft beschritten.

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz und das GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung in Darmstadt bündeln ihre komplementären Kompetenzen und stellen ihre langjährige Zusammenarbeit auf eine neue institutionelle Grundlage.

Neben den wissenschaftlichen Zielen werden folgende Intentionen verfolgt:

Für die Universität Mainz bietet die langfristige Kooperation die Möglichkeit, ihre schon heute profilbildenden Bereiche der Kernphysik und der Kernchemie zum Beispiel durch die Einrichtung einer neuen Professur für Beschleunigerphysik im Helmholtz-Institut weiter auszubauen und ihre Chancen zum Beispiel für die zweite Exzellenzinitiative zu verbessern.

Das GSI Helmholtzzentrum profitiert wiederum von der international anerkannten Expertise der Mainzer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und von der Zusammenarbeit mit den besten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern.

Die Mainzer bringen neue wissenschaftliche Perspektiven ein, die bisher an der GSI nicht vertreten sind und das wissenschaftliche Programm von FAIR weiter schärfen und erweitern.

Die Helmholtz-Gemeinschaft und der Bund sehen in der Kooperation Vorteile für die strategische Weiterentwicklung der in der Helmholtz-Gemeinschaft zusammengeschlossenen Großforschungseinrichtungen.

Dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags war es wichtig, dass sich die Helmholtz-Gemeinschaft als größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands in allen Ländern engagiert.

Für das Land ist darüber hinaus bedeutsam, dass mit der Gründung des Helmholtz-Instituts erstmals ein institutionelles und langfristiges Engagement der Helmholtz-Gemeinschaft in Rheinland-Pfalz erfolgt. Durch den damit verbundenen Zufluss von nicht unerheblichen Bundesmitteln verbessert sich zugleich die Bilanz des Landes in der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern.

Zu Frage 2: Die Entscheidung für Mainz belegt das wissenschaftliche Potenzial und die internationale Sicht-

barkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Die besonderen Stärken der Mainzer Forschung in der Kern-, Hadronen- und Elementarteilchenphysik sowie der Kernchemie sind durch international anerkannte Forschungserfolge und konzeptionelle Durchbrüche eindrucksvoll belegt. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Erfolge ist die hervorragende Forschungsinfrastruktur, insbesondere der Elektronenbeschleuniger MAMI des Instituts für Kernphysik und der Leichtwasserforschungsreaktor TRIGA des Instituts für Kernchemie.

Im Forschungszentrum „Elementarkräfte und mathematische Grundlagen“, das vom Land mit 1,2 Millionen Euro jährlich zusätzlich im Rahmen der Forschungsinitiative gefördert wird, werden die interdisziplinären Kompetenzen in Mainz gebündelt.

Im Mittelpunkt des Zentrums steht die Erforschung der Struktur der Materie, der Entwicklung des Universums und der fundamentalen Kräfte von den niedrigsten bis zu den höchsten Energien – Forschungsschwerpunkte, die eng mit dem Forschungsansatz des Helmholtz-Instituts korrespondieren.

Die Gründung des Helmholtz-Instituts in Mainz bestätigt gemeinsam mit der Zusage der Boehringer Ingelheim Stiftung zur Förderung eines Exzellenzzentrums für Lebenswissenschaften mit 100 Millionen Euro und der Gründung des Max Planck Graduate Centers mit der Universität Mainz ein weiteres Mal die Nachhaltigkeit der Investitionen des Landes und die mit der Forschungsinitiative vollzogene Neuausrichtung der Forschungsförderung.

Zu Frage 3: Die wissenschaftlichen Schwerpunkte des Helmholtz-Instituts Mainz werden in der Erforschung der Struktur, der Symmetrie und der Stabilität von Materie und Antimaterie liegen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts werden zum einen Antimaterie in geringsten Mengen herstellen und ihre Reaktionen im neuen Beschleunigerzentrum FAIR des GSI-Helmholtzzentrums erforschen.

Das Beschleunigerzentrum FAIR wird für die Forschung mit Ionen und Antiprotonenstrahlen neu aufgebaut. Hierbei stehen grundlegende Fragestellungen wie die nach dem Ursprung der Protonenmasse oder der Existenz von neuen Formen der Materie im Mittelpunkt, die entscheidend dazu beitragen werden, die Bildung und Struktur von Protonen und Neutronen zu beantworten.

Eine weitere Fragestellung betrifft die Eigenschaften von Antimaterie. Sind die Grundkräfte wie zum Beispiel die Gravitation für Antimaterie gleich den Kräften der Materie? Das Helmholtz-Institut wird dazu neue zukunftsfähige Beschleunigertechniken entwickeln. Zum anderen werden die synthetische Herstellung neuer superschwerer chemischer Elemente sowie die Erforschung ihrer chemischen und physikalischen Eigenschaften im Mittelpunkt der Forschungstätigkeit des Mainzer Instituts stehen.

Zu Frage 4: Das Helmholtz-Institut wird zum einen Teil von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und zum

anderen durch gemeinsame Zuwendungen des Bundes und des Landes nach dem Schlüssel 90 : 10 finanziert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt in der Anfangsphase des Instituts im Jahr 2009 2 Millionen Euro und im nächsten Jahr 3,3 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 2011 soll der jährliche Bundesbeitrag 5 Millionen Euro betragen.

Das Land wird das Helmholtz-Institut im laufenden Jahr mit 200.000 Euro und 2010 mit 400.000 Euro fördern. Ab 2011 wird der jährliche Landesbeitrag bei 600.000 Euro liegen.

Dem Helmholtz-Institut stehen demnach an laufenden Mitteln im Jahr 2009 2,2 Millionen Euro, im Jahr 2010 3,7 Millionen Euro und ab dem Jahr 2011 Mittel in Höhe von 5,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit dem Beitrag der Universität wird das Institut nach einer Anfangsphase dadurch ab 2011 über einen jährlichen Etat von insgesamt rund 10 Millionen Euro verfügen. Das Land hat darüber hinaus eine Unterstützung für den Neubau mit bis zu 20 Millionen Euro zugesagt.

So weit die Antwort der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Krell.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Frau Ministerin, Sie haben insbesondere die Kooperation zwischen Universität und Helmholtz-Institut hervorgehoben und beschrieben.

Gibt es darüber hinaus auch einen Mehrwert über die enge Kooperation zwischen der Hochschule und dem Institut selbst, den man darstellen kann?

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Ich glaube, dass es schon wichtig ist, dass man solche guten Kooperationen hat, wie sie zwischen der Universität Mainz und der GSI, der Gesellschaft für Schwerionenforschung, in Darmstadt traditionell bestehen, und diese in eine institutionelle Form überführt werden können. Dass der institutionelle Standort für diese Kooperation Mainz ist, sichert einerseits die wissenschaftlichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Aber wir reden hierbei immer auch über höchst qualifizierte Arbeitsplätze. Den Aspekt darf man an der Stelle mit in den Blick nehmen. Wir reden vor allen Dingen auch über gute Perspektiven für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die dann an der Universität Mainz zusätzlich angeboten werden. Wir reden insgesamt über die Profilbildung der Universität Mainz. Deswegen habe ich das noch einmal in den Kontext gestellt.

Die Entscheidung der Boehringer Ingelheim Stiftung, sich an der Universität Mainz zu engagieren, ist ein bundesweit und auch international außergewöhnliches Engagement. Ich habe es noch einmal in den Kontext der Vereinbarung mit der Max Planck-Gesellschaft zum Aufbau des Max Planck Graduate Centers gestellt, wovon Sie wissen, dass wir in der Republik nicht ganz unumstritten Neuland beschritten haben und inzwischen übrigens weitestgehend bundesweit anerkannt und Vorbild für andere sind.

Als Drittes gibt es eine neue Form der Kooperation mit der Helmholtz-Gemeinschaft als außeruniversitärer Forschungsförderungseinrichtung, die erstmalig ermöglicht, dass eine Universität und die Helmholtz-Gemeinschaft sozusagen auf Augenhöhe in einem Institut kooperieren. Es hat arbeitsmarktpolitische Auswirkungen positiver Art. Es ist wissenschaftspolitisch ausgesprochen wichtig, und es öffnet vor allen Dingen bzw. leistet einen weiteren Beitrag dazu, dass es eine andere und verbesserte Form der Kooperation zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gibt.

Wir alle wissen, dass, gerade was diesen Bereich angeht, wir uns in Rheinland-Pfalz noch mehr wünschen. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir, was die Finanzierung der überregionalen Forschungsförderung angeht, durchaus noch Nachholbedarf haben.

Dass es jetzt zunehmend gelingt, solche Schritte zu etablieren ist, glaube ich, ein großer Erfolg, über den wir uns alle gemeinsam freuen können.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Kollegin Huth-Haage.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Frau Ministerin, welche Bedeutung für die Gründung des Helmholtz-Instituts messen Sie der Anregung des Bundestages bei, die Sie auch angesprochen haben, vor dem Hintergrund, dass auf der Landkarte der Helmholtz-Gesellschaft Rheinland-Pfalz bisher ein weißer Fleck war?

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Eine sehr wichtige, deshalb habe ich sie angesprochen. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es dem Deutschen Bundestag wichtig war, dass sich die Helmholtz-Gemeinschaft in allen Ländern engagiert. Ich finde das eine ausgesprochen kluge und weise Entscheidung, weil damit versucht worden ist, Wissenschaftspolitik und Strukturpolitik zusammenzubringen. Das ist nicht immer so.

Insofern ist es für mich wegweisend; denn es gibt auch die Position – das wissen Sie –, die sagt, das ist alles rein unter wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden, und Strukturpolitik spielt dabei keine Rolle.

Ich meine, man muss immer auch die strukturpolitischen Konsequenzen von wissenschaftspolitischen Entscheidungen mit bedenken.

Insofern bin ich für den Ansatz, den der Deutsche Bundestag oder der Haushaltsausschuss dort gewählt hat, ausgesprochen dankbar.

Dass es uns dann als erstem Land – vor allem in Zusammenarbeit mit der Universität – gelungen ist, eine Idee, die entwickelt wird, aufzugreifen und umzusetzen, das wiederum spricht für die Universität und ihre Forschungsstärken und spricht für die guten gewachsenen Kontakte zur Helmholtz-Gemeinschaft.

Ein ganz klein bisschen Licht soll dann auch noch auf die Landesregierung fallen. Wir waren auch ziemlich schnell mit unseren Vereinbarungen. Auch damit sind wir eigentlich ganz zufrieden.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Krell.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Ich habe eine Frage zur räumlichen Unterbringung. Kooperationen brauchen auch einen Raum. Insofern würde mich interessieren, wie das geplant ist, wo das Helmholtz-Institut untergebracht werden soll.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Erst einmal wird das Institut in Räumen der Universität untergebracht; denn es soll unmittelbar seine Arbeit aufnehmen. Das ist auch so besprochen.

Klar ist aber auch, dass das Institut in der mittelfristigen Perspektive eigene Räumlichkeiten braucht. Deswegen soll ein Neubau auf dem Campus der Universität entstehen. Wir haben dazu auch zwei geeignete Grundstücke bereits identifiziert, die sich in unmittelbarer Nähe zur Kernphysik und -chemie befinden würden, was sich anbietet.

Ich habe auch bereits darauf hingewiesen, dass das Land in Aussicht gestellt hat, sich mit bis zu 20 Millionen Euro an diesem Neubau zu beteiligen. Ich gehe davon aus, dass, wenn jetzt das Institut gegründet ist, wir diese Fragen auch zügig angehen werden. Aber beim Bauen heißt „zügig angehen“ eben auch, dass sich das über ein paar Jahre hinziehen wird.

Präsident Mertes:

Weitere Zusatzfragen sind nicht vorhanden. Damit ist die Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Alexander Licht (CDU), Äußerungen von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und des SPD-Bundesvorsitzenden Franz Müntefering über unseren EU-Partner Luxemburg im Zusammenhang mit der Schließung von Steuerschlupflöchern** – Nummer 9 der Drucksache 15/3506 – betreffend, auf.

Herr Abgeordneter Licht, bitte schön.

Abg. Licht, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung die bekannt gewordenen Äußerungen von Bundesfinanzminister Steinbrück und des SPD-Bundesvorsitzenden Müntefering mit Blick auf etwaige negative Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz in Inhalt und Ton für akzeptabel?
2. Verfügt die Landesregierung über belastbare Erkenntnisse, die die Vorwürfe der Herren Steinbrück und Müntefering über mangelnde Kooperationsbereitschaft des Großherzogtums Luxemburg bei der Verhinderung von Steuerhinterziehung rechtfertigen können?
3. Hat sich die Landesregierung gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg von Inhalt und Ton der Äußerungen der Herren Steinbrück und Müntefering distanziert?
4. Hat sich nach Einschätzung der Landesregierung durch die angesprochenen Äußerungen eine Verschlechterung des Gesprächsklimas und der Beziehungen zum Großherzogtum Luxemburg ergeben?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Herr Finanzminister Professor Dr. Deubel.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Licht wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, Äußerungen von Bundespolitikern nach Inhalt und Ton zu bewerten.

Zu Frage 2: Die Landesregierung geht davon aus, dass der Bundesfinanzminister seine Erfahrungen und Wahrnehmungen bei internationalen Verhandlungen bei seinen Äußerungen berücksichtigt hat.

Im Übrigen hat die OECD jüngst unter anderem auch Luxemburg auf die sogenannte graue Liste der bei der Steuerbetrugsbekämpfung wenig kooperationswilligen Staaten gesetzt. Es steht auch zum Beispiel dem SPD-Bundesvorsitzenden Müntefering jederzeit frei, dazu öffentlich seine Meinung zu sagen. Die Landesregierung

hätte vergleichbare Äußerungen von Politikern anderer Parteien ebenso ausgehalten.

In diesem Zusammenhang bleibt anzumerken, dass sich in dieser Woche 19 OECD-Staaten in Berlin auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Steueroasen verständigt haben. Die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und Belgien haben das diesbezügliche Absichtskommuniqué der OECD mit unterzeichnet.

Parallel dazu hat sich der Bundesfinanzminister mit seinem Schweizer Amtskollegen in Grundzügen auf ein neues Doppelbesteuerungsabkommen geeinigt, wonach sich die Schweiz verpflichten wird, nicht nur in Fällen des Steuerbetrugs, sondern auch bei Verdacht einer Steuerhinterziehung Amtshilfe zu leisten. Im Verhältnis zur Schweiz steht somit einer wirksamen Bekämpfung der Steuerflucht nichts mehr im Wege.

Darüber hinaus ist vorgesehen, mit Liechtenstein ein Abkommen zum Informationsaustausch in Steuerfragen abzuschließen.

Zu Frage 3: Nein, dazu gab es im Übrigen auch keinen Anlass.

Zu Frage 4: Ebenfalls nein.

So weit die Beantwortung.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, sind Ihnen Äußerungen, Diskussionen oder Reaktionen gerade aus dem Grenzraum zu Luxemburg aus der Wirtschaft bekannt geworden, die Auftragsrückgänge nach diesen Äußerungen, nach den Debatten nach sich zogen?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter Licht, es ist in allen Ländern, die in der Diskussion oder in der sogenannten grauen Liste der OECD stehen, natürlich so, dass es von interessierten Kreisen Diskussionsbeiträge gibt, dass möglicherweise gewisse Standortvorteile, die man bisher hat, künftig ein wenig reduziert werden könnten. Das ist völlig normal. Auch das muss man aushalten.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, gibt es Unterschiede zwischen Ländern, die Sie jetzt mit auf der grauen Liste stehend umschrei-

ben, und den üblichen sonstigen Ländern im westeuropäischen Raum in den sogenannten Reputationsprüfungen?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Das ist sehr unterschiedlich. In den einzelnen Ländern werden bei den Banken die Vorgaben zum sogenannten KYC-Verfahren – das ist der internationale Begriff – sehr unterschiedlich angewendet. Dort finden wir Länder, die sehr genau darauf achten und ihre Banken sehr genau darauf hinweisen, dass sie intensivst zu prüfen haben. Dazu gehört insbesondere die Schweiz.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Licht.

Abg. Licht, CDU:

Bezieht sich das, was Sie jetzt ausgeführt haben, auch auf die Compliance?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Compliance und KYC-Prüfung haben eine erhebliche Schnittmenge. Die Compliance umfasst noch ein bisschen mehr, aber die KYC-Prüfung ist eine Teilmenge der sogenannten Compliance. Insofern kann ich das bejahen.

(Pörksen, SPD: Jetzt haben Sie keine weiteren Fragen mehr!)

Präsident Mertes:

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich beende damit die Fragestunde.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wir fahren in unserer Tagesordnung fort. Ich rufe **Punkt 23** der Tagesordnung auf:

Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens
Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/3363 –

Die Grundredezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Klöckner das Wort.

Abg. Klöckner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Ich möchte nicht ein Sklave, aber auch nicht dessen Herr sein. Das ist meine Idee von Demokratie.“

Dieser Satz ist eine handschriftliche Notiz Abraham Lincolns vom 1. August 1858. Seit dem Niederschreiben dieser Worte sind über 150 Jahre vergangen. Sieben Jahre später, im Jahr 1865, wurde mit dem Ende des amerikanischen Bürgerkrieges die Sklaverei in den Vereinigten Staaten offiziell abgeschafft. Obwohl schon zuvor viele Staaten ein gesetzliches Verbot der Sklaverei beschlossen hatten – so Dänemark bereits 1722 und Großbritannien 1805 –, hat es bis in unsere Zeit gedauert, dass mit dem westafrikanischen Mauretanien – man höre und staune – im Jahr 1980 die Sklaverei offiziell ein Ende gefunden hat. Also ist die Welt jetzt in Ordnung, und wir können uns getrost zurücklehnen? – Weit gefehlt! In vielen Ländern korrespondiert der Verfassungstext nicht mit der Verfassungswirklichkeit. Obwohl in allen Staaten der Erde Sklaverei und Kinderarbeit offiziell verboten sind, sieht die Realität völlig anders aus.

Am Welttag gegen Kinderarbeit, der am 12. Juni anlässlich des 10. Jahrestages einer Unterzeichnung der Konvention Nr. 182, Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation – IAO – der Vereinten Nationen, weltweit, darunter auch in 80 Städten Deutschlands, begangen wurde, war das Schicksal dieser geknechteten Jungen und Mädchen wieder einmal für kurze Zeit in das mediale Interesse gerückt. Diese Schicksale sind erschreckend. Weit über 200 Millionen Kinder in allen Teilen der Welt knüpfen Teppiche, pflücken Baumwolle, schuften in Steinbrüchen, arbeiten als Haussklaven oder werden von Touristen sexuell missbraucht.

Die Ursachen der Kinderarmut sind vielfältig. Die wichtigste ist sicherlich die Armut der Eltern. Die meisten dieser Eltern – dies haben umfangreiche Untersuchungen ergeben – würden ihre Kinder niemals zur Arbeit schicken, wenn sie nicht äußerste Not dazu zwingen würde.

Da diese Not aber nun einmal vorhanden ist – so argumentieren durchaus wohlmeinende Kritiker eines generellen Verbots jeglicher Kinderarbeit –, würde man mit deren völliger Abschaffung die betroffenen Familien unwiederbringlich in noch tiefere Armut stürzen. So tritt die Hilfsorganisation terre des hommes für eine würdige Arbeit von Kindern ein. Nicht jedes Kind, das arbeite, so deren Begründung, sei gefährdet, und nicht jede Form der Kinderarbeit müsse bekämpft werden.

Durch meine zahlreichen Aufenthalte in Indien, das als ein negatives Musterbeispiel von Kinderarbeit gilt, habe ich mir ein durchaus differenziertes Meinungsbild verschafft. Der mir gesetzte Zeitrahmen würde heute sicher gesprengt werden, wenn wir diese komplexe Problematik ausdiskutieren würden. Aber in unserem Antrag geht es klar um ausbeuterische Kinderarbeit, die von der IAO wie folgt definiert wird:

1. Arbeit von Kindern unter zwölf Jahren,
2. Sklaverei, Schuldknechtschaft und alle Formen der Zwangsarbeit,
3. Kinderprostitution und -pornografie,

4. der Einsatz als Kindersoldaten,

5. illegale Tätigkeiten wie zum Beispiel Drogenschmuggel,

6. Arbeit, die die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit gefährdet – beispielsweise Arbeit in Steinbrüchen, das Tragen schwerer Lasten oder sehr lange Arbeitszeiten und Nacharbeit –.

Dabei gilt als schlimmste Form der Kinderarbeit „Bounded Labour“. Dies bedeutet, dass Kinder von ihren Eltern als Pfand für geliehenes Geld an den Arbeitgeber abgegeben werden, um so die Schulden der Eltern abzarbeiten. In den meisten Fällen heißt dies lebenslange Knechtschaft, weil die Eltern die horrenden Zinsen nicht bezahlen können.

Ich habe selbst vor 30 Jahren einen solchen Fall hautnah miterlebt. Nicht weit vom Anwesen meiner Schwiegermutter wurde eine Ziegelei errichtet. Lehm wurde gegraben, per Handarbeit in Formen gefüllt, die Quader gestapelt, und in einem sogenannten Einmal-Brennofen wurden dann die Ziegel gebrannt. Dies ist eine sehr anstrengende und äußerst schmutzige Arbeit.

Der Vater eines 10- bis 11-jährigen Mädchens hatte seine Tochter dort zur Arbeit gezwungen. Der Ziegeleibesitzer kam gegen Schuldschein für die Verbindlichkeiten des Mannes auf und zahlte ihm sogar noch einen Vorschuss auf die Arbeit des Mädchens.

Durch Einschalten der Behörden konnte dieses rechtswidrige Treiben schnell beendet werden, und mit einem für mich als Europäer fast lächerlichen Betrag war auch das finanzielle Problem lösbar. Dieses Ereignis wird mir wie so viele andere ähnlicher Art, die ich in Indien erlebt habe, nie aus dem Kopf gehen.

Aber dieser Fall war – so zynisch dies auch klingen mag – eher harmlos gegen das, was sich tagtäglich rund um den Globus ereignet. Kinder im Alter von vier bis 15 Jahren arbeiten in Feuerwerks- und Streichholzfabriken 15 Stunden ohne Pausen. Sie atmen giftige Dämpfe ein, müssen immense Hitze ertragen, erleiden Feuerunfälle.

Eine gerade einmal 10-Jährige hockt in einem stinkenden Kellerloch und verziert Blusen mit Pailletten und stickt sich 14 Stunden lang die kleinen Finger wund.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Ein Halbwüchsiger arbeitet mit einem 40 Kilogramm schweren Schlagbohrer ohne Schutzkleidung im Steinbruch, um Grabsteine oder Pflastersteine für den Export zu produzieren. – Durchschnittliche Lebenserwartung wegen Silikose: 35 bis 38 Jahre. –

Das Schicksal dieser Armen hat in beeindruckender Weise Benjamin Pütter von Misereor aufgedeckt. Einige Städte, so auch Andernach und Lahnstein, haben aufgrund dieser aufrüttelnden Dokumentation ihre Friedhofssatzung dahin gehend geändert, nur noch zertifizierte Grabsteine zuzulassen. Dieser gut gemeinte, jedoch juristisch nicht haltbare Vorstoß gegen ausbeuterische Kinderarbeit hatte vor Gericht keinen Bestand.

An dieser Stelle sage ich allen Organisationen und Einzelpersonen – von beiden gibt es recht viele – Dank für ihr unermüdliches Engagement.

(Beifall im Hause)

Mir ist natürlich bewusst, dass jeder Einzelne von uns leider nicht die Ausbeutung von Kindern verhindern kann. Mit dem vorliegenden Antrag wird das Parlament durch seine Selbstverpflichtung jedoch einen wichtigen Beitrag in diesem Kampf leisten. Durch die entsprechende Ergänzung der Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen wird die Landesregierung einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung sklavereiähnlicher Praktiken tun. Es fördert zudem die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und unterstützt die Forderungen der Vereinten Nationen auf Umsetzung der Millenniumsziele zur Halbierung der Armut bis 2015. Wir erhoffen uns damit auch eine Signalwirkung und Ermutigung für die Kreise und Kommunen.

In diesem Antrag sehen wir einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der IAO-Kernarbeitsnormen. In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich die Initiative des entwicklungspolitischen Landesnetzwerkes ELAN, das zusammen mit der Leitstelle „Bürgergesellschaft und Ehrenamt“ der Staatskanzlei sowie dem Städtetag Rheinland-Pfalz ein Fachgespräch über Sozial- und Umweltstandards im Beschaffungswesen durchführt. ELAN wird sich mit Sicherheit auch in diesem Antrag widerspiegeln finden. Sie kämpfen seit Jahren um eine Humanisierung der Arbeitswelt und gegen Kinderarbeit. Diese ursprünglich für den 8. Juli geplante Veranstaltung findet nunmehr im Herbst statt und wird sicherlich Beispiele praktischer Anwendung der Vergaberichtlinien aufzeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder sind keine Ware. Lassen Sie uns mit der Zustimmung zu diesem Antrag gemeinsam ein deutliches Zeichen gegen die ausbeuterische Kinderarbeit setzen!

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. – Ich erteile nun Frau Kollegin Thelen das Wort.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU Landtagsfraktion begrüßt den Antrag der SPD, ausbeuterische Kinderarbeit in der Weise zu bekämpfen, dass sich der Landtag eine Selbstverpflichtung auferlegt und die Bitte und die Erwartung an die Landesregierung formuliert, dies in gleicher Weise zu tun, eine Selbstverpflichtung, die darauf abzielt, bei all den Produkten, die wir beschaffen – es sind durchaus erhebliche Summen, die dafür verausgabt werden –, darauf zu achten, dass sie nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt worden sind.

Ich hatte vor Jahren das – ich sage einmal – zweifelhafte Vergnügen, bei dem Vortrag anwesend zu sein, den der CDU-Stadtverband Andernach organisiert hatte und bei dem der Kinderrechtsexperte von Misereor, Herr Benjamin Pütter, die dramatischen Situationen in indischen Steinbrüchen geschildert und mit Videos und Dias belegt hat.

Ich kann Ihnen sagen, wir waren wirklich erschüttert. Es ist ein Leid von Kindern, das wirklich kaum vorstellbar ist. Es sind Bedingungen, die wirklich entsetzlich sind und bei denen sich jeder Christ, jeder zivilisierte Mensch sagen muss, es kann nicht sein, dass wir auch als Abnehmer von Produkten, die dort hergestellt werden, im Prinzip diesen Markt in Gang halten. Ich glaube deshalb, dass es ein guter Ansatzpunkt ist, den Markt auch als Mittel zu nutzen, diese Art der Herstellung zu verändern.

Uns geht es vor allen Dingen darum, natürlich auch mithilfe von Zertifikaten dafür zu sorgen, dass den Kindern statt der Steinbrucharbeit, statt des Herstellens von Fußbällen, statt Teppiche zu knüpfen – Herr Kollege Klöckner hat eben einige Beispiele genannt – ein Schulbesuch ermöglicht wird. Nur so werden auch diese Familien aus diesen Teufelskreisen herauskommen und irgendwann in der Lage sein, für sich besser zu sorgen, ohne ihre Kinder in dieser Art und Weise im Prinzip ihres Lebens, ihrer Jugend und ihrer Kindheit ein Stück zu berauben.

Wir haben damals versucht, es in Andernach über die Änderung der Friedhofssatzung zu bewerkstelligen. Das ist nicht gelungen, weil die Ermächtigung für diese Satzungen nur gestalterische Einflussnahmen für die Kommune ermöglicht. Auch da könnte man sicherlich überlegen, ob wir uns nicht als Landesgesetzgeber des Themas noch einmal annehmen. Mein Eindruck ist, dass diese Diskussion, die von vielen geführt wird, nicht zuletzt von den Kirchen, von denen wir alle auch Briefe erhalten haben – da bin ich ausgesprochen dankbar, dass mit einer breiten gesellschaftlichen Gruppe versucht wird, das Thema auch in das Bewusstsein von uns Menschen als Kunden zu bringen –, dazu beitragen wird, zum Beispiel auch die Produzenten von Grabsteinen dazu zu bewegen, aus eigenem Interesse und eigener Überzeugung dafür zu sorgen, dass ihre Produkte, die sie anbieten, nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen, sondern von zertifizierten Bergwerken, die es gibt, also Steinbruchbetrieben, die ihre Zertifikate haben. Wenn sie die Zertifikate haben, gibt es in der Regel für die Kinder auch bessere alternative Angebote.

Unsere Hoffnung ist, dass es ein weiterer Schritt auf dem Weg ist, diese fürchterliche Situation für viele Kinder auf der Welt zu verbessern. Wir hoffen auf weitere Kommunen, die mitgehen, auf weitere Betriebe und weitere Branchen, die bereit sind mitzumachen. Es gibt auch bei großen Firmen positive Entwicklungen. Es stand kürzlich in der Zeitung. Nicht nur das Thema „Kinderarbeit“ treibt die Unternehmen um. Es ist aber ein sehr schönes Beispiel, deshalb möchte ich es nennen. Die Firma Pelikan hat es auch ein Stück verstanden. Sie hat die Produktion ihrer Bleistifte, die in Millionenmengen produziert werden, umgestellt und benutzt hierfür nicht mehr Tropenholz. Ich denke, so werden wir mit vielen kleinen Beispielen dazu beitragen können, die Situation von Kin-

dern insgesamt auf unserer Welt ein Stück zu verbessern. Wir sind gerne bereit, diesem Antrag zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über ein konkretes Feld dessen, was gestern als Global Marshall Plan von uns ohne Aussprache begrüßt wurde.

Wenn wir uns jetzt der großen weiten Welt zuwenden, was gut ist, Herr Kollege Klöckner, dann müssen wir wissen, dass es auch bei uns noch nicht lange her ist, dass Kinder vor allem in der Landwirtschaft in einer Art und Weise eingesetzt wurden, die im Großen und Ganzen dem entspricht, was Herr Kollege Klöckner eben vorgetragen hat.

Ich erinnere mich an unseren Nachbarn zu Hause. Sie hatten keinen großen Grundbesitz und mussten eine sehr kleine karge Landwirtschaft betreiben. Er erzählte mir aus seiner Kindheit. An St. Martin wurden in Cochem die älteren Kinder und Jugendlichen für ein geringes Entgelt an größere Höfe ausgeliehen, wo sie ein halbes Jahr lang blieben und dann erst wieder nach Hause zurück durften. Das ist nicht weit von dem entfernt, was hier noch in die Nähe des Sklaventums gebracht wird.

Meine Damen und Herren, es ist ein Weg, den wir gemeinsam gehen müssen. Wir unterstützen diesen Antrag nachdrücklich. Wir möchten aber auch ein Stück Realität hineinbringen. Ganz so einfach, wie es meine Vorredner vorgetragen haben, wird es am Ende leider Gottes nicht sein. Frau Kollegin Thelen, das Beispiel des Grabsteins ist ein gutes Beispiel für einen Weg, den man gehen kann, auch wenn es in Andernach aus juristischen Gründen nicht geklappt hat.

Aber die Realität, die Masse der Produkte, ist sehr viel komplexer. Da ist der Händler zertifiziert, da ist der Endproduzent zertifiziert, da ist aber die 15. Subunternehmerstufe nach unten nicht zertifiziert. Am Ende sitzt dann doch wieder das Kind Pailletten stickend im Kellerloch. Das ist unser Problem. Das darf uns nicht davon abhalten, diesen Weg zu beschreiten, aber man muss wissen, worüber man spricht.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir eine weitere – das sei ausdrücklich gesagt – nicht relativierende Anmerkung, die auch wichtig ist. Hinter solchen, von uns unterstützten gut gemeinten und richtigen Schritten darf sich kein subtiler Protektionismus verbergen, weil auch diese Gefahr besteht.

(Beifall bei der FDP)

Dann wird nämlich am Schluss – Frau Kollegin Thelen, um in Ihrem Beispiel zu bleiben – nicht nur der nicht zertifizierte Grabstein imagemäßig diskreditiert, sondern auch der Grabstein, der einfach in unangenehmer Konkurrenz zu einheimischen Produkten steht. Ich verstehe alle Betroffenen, dass sie diese unheimliche Konkurrenz auch der zertifizierten Betriebe, die zu ganz anderen Grundbedingungen arbeiten, nicht schätzen. Das verstehe ich sehr gut.

Ich kann mich auch in die Seele eines Mittelständlers hineinversetzen, der plötzlich einen Kampf führt, den er nicht gewinnen kann und in dritter und vierter Generation seinen Betrieb aufgeben muss, weil andere Produkte deutlich preiswerter sind. Aber wir müssen achtgeben, dass auf diesem Weg nicht als trojanisches Pferd ein Protektionismus Eingang hält, den wir als Vorwurf in der Europäischen Union sowieso haben. Aber das sind nur Dinge am Rande.

Wir gehen diesen Weg mit, auch wenn wir davon überzeugt sind, dass er steinig ist und lange dauern wird. Aber der Ansatz ist gut. Wir unterstützen diesen Antrag nachdrücklich.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Globalisierung hat viele Vorteile. Auch profitiert das Land Rheinland-Pfalz von offenen Märkten, von einer globalen Weltwirtschaft. Globalisierung hat auch Nachteile. Einer der großen Nachteile, die durch die Globalisierung ausgelöst wurden, ist die gestiegene Zahl von ausbeuterischer Kinderarbeit. Wir reden über ein Volumen – je nach Statistik – von 158 Millionen bis – nach anderen Statistiken – weit über 200 Millionen Kinder, die ausgebeutet werden, denen ihre Kindheit geraubt wird.

Wenn man sich die einzelnen Beispiele anschaut, dann macht dies mehr als betroffen, zum Beispiel den 10-jährigen Jungen aus Ecuador, der 14 Stunden tagtäglich unter unglaublichem Gestank auf einer Müllkippe arbeiten muss. Vollkommen klar ist, dass dieses Kind keine Kindheit hatte und eine sehr geringe Lebenserwartung aufgrund der Gesundheitsschäden haben wird.

Betroffen müssen einen auch die Bilder aus Steinbrüchen machen, in denen 8- und 9-Jährige große Lasten schleppen und auch diese einen 12- bis 14-Stunden Arbeitstag zum Teil unter unglaublichen Bedingungen haben. Hier werden leider in steigendem Maße Kinder ausgebeutet, auch verstärkt, um mit billigen Produkten auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu sein.

Es gibt das Übereinkommen 182 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, denen es darum geht, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit zu beseitigen. Die Länder sind aufgefordert – auch Deutschland hat dies ratifiziert –, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Bei dem Schicksal von Kindern dürfen wir es nicht bei reinen Appellen belassen. Deswegen begrüße ich den Antrag der SPD, zu sagen, es muss zu ganz konkreten Taten kommen. Hier sind die reinen Appelle nicht ausreichend.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre zu einfach, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen. Natürlich ist es schwierig, dagegen wirksam vorzugehen. Wir können in Deutschland nicht die Gesetze in Afrika, Asien oder Lateinamerika ändern. Aber wir können eines ändern. Wir können verhindern, dass solche Produkte bei uns in lukrativen Märkten gekauft werden, um damit Anreize zu nehmen, junge Menschen auszubeuten, um Profite zu erzielen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Hier hat die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion. Für mich ist es unerträglich, dass Ausschreibungen dazu führen, dass der Mittelständler, der unter Beachtung des Mindestmaßes an Anstand davon Abstand nimmt, solche Produkte auch als Vorprodukte einzukaufen, nicht mehr gegenüber dem konkurrenzfähig ist, dem das vollkommen egal ist, woher die Produkte kommen. Deswegen werden wir auch auf Anregung des Antragstellers zukünftig in den Vergaberichtlinien des Landes Rheinland-Pfalz eine Maßgabe vorsehen, dass in den Bereichen, in denen der Verdacht besteht, es könnte Kinderarbeit angewandt worden sein, von denjenigen, die ein Angebot abgeben, eine Eigenerklärung abgegeben werden muss, dass Kinderarbeit nicht vorliegt. In den Bereichen, in denen Vorprodukte weltweit erworben werden müssen, muss dargelegt werden, dass alles getan worden ist, um zu recherchieren, ob bei den Produkten Kinderarbeit angewandt wurde.

Wir reden in vielen Fällen über Entbürokratisierung. Es gibt Fälle, bei denen wir zusätzliche Verfahrensschritte mit Blick auf unsere Verantwortung einfügen müssen. Es ist nicht verantwortbar zu sagen, wir wollen Bürokratie abbauen, und damit akzeptieren wir, dass mit Steuergeldern Produkte gekauft werden, die auf ausbeuterischer Kinderarbeit beruhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Eigenerklärung werden wir abverlangen. Das gilt für den Bereich unterhalb des europäischen Schwellenwertes. Wir hoffen, dass der Bund sehr zügig mit seiner Gesetzgebung nachkommt, damit dies auch darüber hinaus stattfinden kann.

Wenn wir über Ethik in der Wirtschaft reden – darum geht es im Kern –, dann brauchen wir Transparenz. Das ist ganz wichtig. Ich glaube, dass Verbraucher Interesse daran haben zu wissen, ob das Produkt mit Kinderarbeit hergestellt wurde oder nicht. Es gibt einige Initiativen der Wirtschaft, zum Beispiel das Gütesiegel Xertifix. Damit wird dokumentiert, dass diese Produkte nicht aufgrund von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden,

sondern hier darauf geachtet wurde. Ähnliches gibt es für den Bereich Teppiche, die aus Indien, Nepal und Pakistan kommen. Dort gibt es verantwortungsvolle Produzenten, die ein Label entworfen haben.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren sehr häufig über Verbraucherschutz und über die Notwendigkeit, dass im Etikett alles erwähnt wird. Wir wissen heute bei jedem Lebensmittel, wie viel Prozent Fett, wie viel Kalzium enthalten ist und vieles mehr. Ich würde mir wünschen, wir würden mehr Initiativen ergreifen, um zu dokumentieren, ob dieses Produkt verantwortlich hergestellt wurde oder ob Kinder ausgebeutet und ihrer Kindheit beraubt wurden. Ich möchte als Verbraucher darüber besser informiert werden, wenn ich ein Produkt erwerbe, sei es ein Kleidungsstück, sei es ein Handy oder andere Produkte. Ich möchte dabei wissen, ob Kinderarbeit vorliegt oder nicht. Ich glaube, in diesem Bereich müssen wir mehr Initiativen ergreifen. Wir brauchen die Transparenz, damit verstärkt verantwortungsvolles Handeln der Verbraucher möglich wird. Wir leisten damit einen wirksamen Beitrag, die Ausweitung von Kinderarbeit zu verhindern.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3363 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 24** der Tagesordnung auf:

Mittelstand in Rheinland-Pfalz zukunftsfähig machen: Gute Bedingungen für den Mittelstand schaffen – Den Mittelstand auch in Zeiten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise unterstützen!

Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/3425 –

dazu:

Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stärken – den Mittelstand als zentralen Motor der rheinland-pfälzischen Wirtschaft von Bürokratie und Steuerlast befreien

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der FDP und CDU
– Drucksache 15/3534 –

Ich erteile Herrn Kollegen Alexander Schweitzer das Wort.

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Man kann eine Debatte zu einem solchen

Antrag nicht ohne einen Hinweis auf die aktuelle wirtschaftliche Situation, in der wir uns alle befinden, beginnen. Wir alle haben uns in diesen Tagen im Landtag des Öfteren mit dieser Finanzkrise, die zu einer Wirtschaftskrise geworden ist, beschäftigt. Wir alle haben da, wo wir Verantwortung haben, nämlich in den Wahlkreisen, die Fragen gehört, wie es ist. Ist es nicht so, dass in dieser Wirtschaftskrise den Großen geholfen wird, aber die Kleinen, die Kleinsten und die Mittleren lässt man in der Luft hängen? Ich denke, wir können gemeinsam feststellen, dass dem nicht so ist.

Wir können auch feststellen, dass die Umsetzung des Konjunkturpaketes, das wir gestern ausführlich diskutiert haben, in Rheinland-Pfalz vor allen Dingen den kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz zugute kommt. Das ist gut so.

Wir haben positive Rückmeldungen über die Umsetzung im Land. Darauf sollten wir verweisen, wenn wir vor Ort in Diskussionen zugange sind.

Ich will auf einige Punkte zu sprechen kommen, die wir in unserem Antrag formulieren. Die Verdoppelung des Bürgschaftsrahmens ist früh gekommen und ist das richtige Mittel, um über die ISB, eine Mittelstandsbank, um die uns viele in Deutschland beneiden, kleinen und mittleren Unternehmen schnell zu helfen, wenn es darum geht, Liquidität herzustellen.

Wir gehen ebenfalls auf die Arbeit des Mittelstandsnotens ein. Ich will an der Stelle für einen Satz bei dem Thema bleiben. Der Mittelstandsnotens, Herr Günther Knödler, ist ausgeschieden. Er hat in den wenigen Jahren seiner Tätigkeit – so lange gibt es diese Institution noch nicht – hervorragende Arbeit geleistet. Er hat weit über 300 Unternehmen in Rheinland-Pfalz unterstützt. Er war ihnen behilflich. Diese Arbeit ist gut und sinnvoll gewesen. Das ist praktische Mittelstandspolitik.

Wir sind froh, dass wir damals nicht auf diejenigen im Haus gehört haben, die gesagt haben, lasst es doch, das haben wir noch nie gehabt, das brauchen wir nicht. Es war gut, dass wir den Mittelstandsnotens eingeführt haben. Wir danken Herrn Knödler, der nun ausgeschieden ist, für seine gute Tätigkeit und wünschen seinem Nachfolger, Herrn Eckart Helfferich, alles Gute und wünschen uns von ihm, dass er auf diesem guten Weg weitermacht.

Die Arbeit der Mittelstandsnotens kann aus unserer Sicht regional ein Modell sein. Wenn Sie sich die Wirtschaftsförderungspolitik der Kommunen, vor allem der Landkreise und kreisfreien Städte anschauen, dann sehen Sie dort ein sehr heterogenes Bild. Das ist nicht per se schlecht. Ich glaube, dass die Tätigkeit eines Notens, eines Helfers, eines Unterstützers hilfreich sein kann. Er kann manchmal ganz konkret durch diesen Dschungel von Fördermaßnahmen führen. Er kennt sich mit Bürokratie aus. Er kennt sich mit Gesprächen mit den Banken aus. Das könnte ein Modell sein, das man vor Ort nutzen kann. Wir schlagen dies in unserem Antrag vor.

Wir verweisen auf den Klimawandel und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen. Wir sagen, wir brauchen dezentrale Ver-

sorgungsstrukturen. Wir brauchen einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Wir wissen, was unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder auf den Weg gebracht worden ist. Das ist ein Mittelstandsförderprogramm par excellence gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wer heute noch der Atomenergie das Wort redet, der muss sich sagen lassen, das ist eine mittelstandsfeindliche Energie.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir brauchen das Know-how der vielen Handwerker und Dienstleister rund um diesen Bereich. Wir brauchen es in Rheinland-Pfalz auch an der Stelle, an der wir exportorientiert sind. Diese Technologien lassen sich auf den Weltmärkten gut vermarkten und verkaufen.

Ich möchte etwas zur Entbürokratisierung sagen. Das ist ein Thema, das uns in Gesprächen mit mittelständischen Unternehmen immer wieder begegnet. Ich bin inzwischen sehr skeptisch bezüglich der großen Ankündigungen.

Viele sind da skeptisch, weil sie sagen, wenn das Thema „Entbürokratisierung“ kommt, dann bekommen wir große und spektakuläre Ankündigungen, aber hinten raus – um den Altkanzler Helmut Kohl zu zitieren – kommt dann sehr wenig. Darum bin ich froh, dass wir in Rheinland-Pfalz einen anderen Weg gehen, nicht die großen Ankündigungen hier transportieren, sondern sagen, Bürokratieabbau konkret ist allemal besser. Was wir hier unlängst gemeinsam festgestellt haben, das waren auch schon die richtigen Schritte in die richtige Richtung.

Wir verweisen auf die Arbeit der Gründerzentren. Wir sagen in unserem Antrag: Lasst uns doch einmal darüber nachdenken, ob die nicht auch vielleicht in privater Trägerschaft erfolgreich sein können. – Wir sagen auch, vielleicht kann man sie öffnen hin zu den nicht technischen Berufen oder vielleicht auch einen Schwerpunkt im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft setzen, wo es möglich ist.

Wir verweisen auf die gute Arbeit im Mittelstand, was den Fachkräftenachwuchs angeht. Das ist ein Bereich, der jetzt, wo wir uns in einer Wirtschaftskrise befinden, hoffentlich bald den Weg aus dieser Wirtschaftskrise wieder herausfindet. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Auftragszahlen wieder entwickeln. Da sagen wir: Leute, bildet aus, versucht eure Belegschaften zu halten, nutzt die Möglichkeiten der Arbeitsagenturen und sorgt dafür, dass ihr dann, wenn die Auftragslage wieder besser ist, mit dem guten Fachkraftpersonal dieser Auftragslage positiv begegnen könnt. –

Wir sagen ebenfalls, Breitbandausbau ist kein Nebenthema. Es ist eine existenzielle Frage gerade in den ländlichen Regionen, in denen es eine Ansiedlungsfrage ist, ob ein Mittelständler kommt, ob ein Dienstleister in die dörfliche Gemeinde kommt oder ob er im benachbar-

ten städtischen Zentrum bleiben muss, weil er da die Möglichkeit hat, über schnelles Internet zu verfügen.

Wir beschreiben all diese Punkte, formulieren Anforderungen an eine zukünftige Mittelstandspolitik und sagen auch, wenn wir aus dieser Krise wieder herauskommen wollen, dann ist unser Partner in Rheinland-Pfalz und in Deutschland der Mittelstand. Er ist innovativ, flexibel, hoch qualifiziert, standorttreu, und er wird uns aus dieser Krise herausführen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben diesen Antrag vorgelegt und wollten damit ein Signal nach außen geben. Wir wollten natürlich auch eine Debatte hier im Landtag anstiften. Ich muss feststellen, das ist bei den beiden anderen Fraktionen offensichtlich nicht so richtig angekommen, weil der Antrag, der uns jetzt von CDU und FDP vorliegt – – –

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Lieber Herr Kollege Creutzmann, da reitet Ihr den Steuersenkungsgaul ein weiteres Mal zu Tode. Der wird uns nicht aus der Krise herausführen. Da muss es um ein paar andere Dinge gehen.

(Beifall der SPD)

Herr Creutzmann, ich spreche Sie gar nicht an, obwohl ich den Blick heute kaum von Ihnen wenden kann.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Herr Creutzmann, ich spreche Sie gar nicht an. Ich spreche die Kolleginnen und Kollegen der CDU an und sage ganz ehrlich: Leute, was Ihr vorhabt, ist der Versuch des politischen Tatbestands des gebrochenen Wahlversprechens. Ihr sagt, Steuersenkungen sind möglich und nötig.

(Zurufe von der CDU)

Ihr sagt nicht, wie Ihr sie finanziert.

(Glocke der Präsidentin)

Ihr könnte es auch nicht sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt im eigenen Haus eine verdammt schwierige Debatte. Ihr habt nämlich Herrn Oettinger, auf den Ihr gern verweist,

(Glocke der Präsidentin –

Frau Schneider, CDU: Die Redezeit ist um!)

der Mehrwertsteuererhöhungen fordert.

(Frau Schneider, CDU: Redezeit!)

– Ich werde sicher noch eine Gelegenheit finden. Ihr habt ein Problem. Ihr könnt gleich dazu Stellung nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege, die Redezeit ist um, aber ich sagte es gestern schon einmal, wann die Redezeit um ist, wird von hier beschlossen.

(Frau Schneider, CDU: Es war wieder ein subjektives Gefühl!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Edenkoben. Seien Sie herzlich hier in Mainz willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Schweitzer,

(Alexander Schweitzer, SPD: Herr Licht!)

die Debatte anzustoßen, ist gut. Deswegen ist Ihr Antrag bei uns auch genauso angekommen. Ja, wir diskutieren, wir debattieren, und deswegen bin ich auch gern bereit, dass wir das im Ausschuss fortsetzen; denn zu manchem Ihrer Punkte wäre viel mehr zu sagen, als man jetzt in diese fünf Minuten packen kann. Deswegen will ich das überhaupt nicht versuchen, aber anstoßen will ich das schon, meine Damen und Herren. Das will ich genauso aufnehmen, wie Sie es auch am Schluss angedeutet haben. Mittelstand als zentralen Motor der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu begreifen, heißt auch, es zu verstehen.

Das heißt auch, zu verstehen, was dieser Mittelstandsmotor bedeutet, was er denn heißt, was denn der Sinn dieses Motors insgesamt ist. Dann kann ich auch danach handeln. Danach handeln heißt durchaus in Ihrer Überschrift – da bin ich d'accord –, zukunftsfähig machen, gute Bedingungen für den Mittelstand schaffen und den Mittelstand auch in Zeiten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise unterstützen. Da bin ich bei allem d'accord. Das ist richtig. Darum geht es.

Ich bin auch damit einverstanden, dass wir – ich teile das in diesem Satz – alle den Unternehmergeist und den Unternehmerinnengeist in Rheinland-Pfalz begrüßen. Herr Kollege, das unterschreiben wir voll und ganz. Worauf es aber ankommt – deswegen auch unser Antrag –, es muss sich lohnen, Unternehmer zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Es muss sich lohnen, Unternehmer zu bleiben, und es muss sich lohnen, Unternehmer zu werden. Das ist unser Ansatz. Damit sind Botschaften verbunden, die auch aus einer solchen Debatte herausgehen, die ins Land gestreut werden. Auch in der Krise muss die Perspektive, wie die Anerkennung der Wirklichkeit, immer mit Teil des Fokusses sein. Sie muss immer mit in der Berücksichtigung sein. Leistung lohnt sich. Leistung wird nicht bestraft. Das sind Botschaften, die auch in einer

solchen Debatte wichtig sind. Deswegen gibt es auch unseren Antrag. Das ist unser Antrag.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich bin sicher, dass wir uns da auch wiederum einig sind, natürlich muss das in das Credo des Bekenntnisses zur sozialen Marktwirtschaft eingebettet sein, in der die soziale Verantwortung ein wichtiges Gut bedeutet, ein wichtiges Gut morgen auch bleiben muss, ein wichtiges Gut auch in der Zukunft sein wird. Auch das ist ohne Frage richtig.

Ich meine, aus dieser Krise oder in dieser Krise sollte auch gelernt werden, Krisen haben auch immer Chancen. Wenn wir von der Alimentierung des Staates wegkommen und Alimentierung auch als Investition begreifen, dann haben wir meines Erachtens auch ein Umdenken insgesamt auch in dieser Debatte und in dieser Diskussion. Dies wird wiederum dazu führen, dass wir mehr Unternehmergeist haben und in der Zukunft auch mehr Unternehmergeist beflügeln wollen.

Meine Damen und Herren, der gemeinsame Antrag von CDU und FDP bedeutet auch in der Botschaft bei zwei oder drei Kernpunkten, die ich jetzt noch ansprechen will, dass wir uns wirklich die Beseitigung der kalten Progression vornehmen. Wir haben oft darüber debattiert und diskutiert, wie leistungsfeindlich genau dieser Ansatz ist, den eigentlich keiner will, den Sie auch nicht wollen. Da geht es nicht um Reichensteuer. Da geht es darum, dass dieser große Mittelblock, zu dem nicht nur der Mittelständler, nicht nur der Unternehmer gehört, sondern viele dazugehören, die sich als Familienunternehmen begreifen, die ihren Lebenserwerb im mittleren Bereich, was Gehälter angeht, angesiedelt haben, die Leistungsträger der Gesellschaft sind. Hier dürfen wir nicht bestrafen, sondern ich denke, dass wir mit der Beseitigung der kalten Progression gemeinsame Ziele dort verfolgen, nicht bestrafen, sondern belohnen.

Das, was die Schweiz uns in diesem Zusammenhang vormacht, brauchen wir nur nachzumachen. Es lohnt sich beispielsweise, darüber zu diskutieren, wie wir es insgesamt umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Existenzgründer und Unternehmensnachfolge zu fördern, ist auch ein wichtiger Punkt. Das bedeutet aber mehr, als es nur zu sagen und zu beschreiben, sondern ich muss begreifen, was es bedeutet, in diesem Bereich unterwegs zu sein, was uns Demografie in den nächsten Jahren und Monaten auch noch in diesem Teil an Problemen bringt.

Meine Damen und Herren, ich bin seit mehreren Jahren Vorsitzender eines Arbeitskreises Schule/Wirtschaft. Hier gilt es auch, erhebliche Ansätze zu verstärken. Ich sage auch, neben einem Ausbildungspakt müssen wir uns mit einem Weiterbildungspakt beschäftigen. Weiterbildung auch in diesem Bereich ist zukunftsfördernd. Auch dem sollte unser Ansatz dienen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir befinden uns mitten in einer schwierigen Wirtschaftskrise. Heute sind wieder Zahlen aus der Industrie bekannt geworden, die alarmierend sind. Es gibt Umsatzrückgänge in verschiedenen Industriebereichen, insbesondere in der Automobilindustrie, aber auch in der Chemieindustrie, in der Metallindustrie und im Maschinenbau. Es gibt nach wie vor Umsatzeinbrüche, die zwischen 30 % und 50 % liegen. Das gibt Anlass zur Sorge.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es auch so, dass sicherlich nicht jeder Arbeitsplatz in der Industrie in der Zukunft gesichert werden kann, sondern es wird Strukturveränderungen geben. Dann kommt es auf den Mittelstand an. Der Mittelstand wird insgesamt eine immer bedeutendere Rolle in unserem Wirtschaftssystem spielen, weil er neue Arbeitsplätze schaffen muss, um das zu kompensieren, was teilweise die Industrie abbaut. Deshalb müssen wir alles daransetzen, um kleinere und mittlere Unternehmen zu stärken und Existenzgründer zu unterstützen.

(Beifall der FDP)

Wir brauchen ein wirtschaftsfreundliches Klima. Wir müssen den jungen Menschen, die in die Selbstständigkeit gehen wollen, massiv unter die Arme greifen, damit ihnen das Spaß macht. Ich sage einmal: Arbeit muss sich lohnen, und Leistung muss sich lohnen. – Die sollen auch ein paar Pfennige daran verdienen, weil das denen ansonsten keinen Spaß macht. Ein Unternehmer, der sich selbstständig macht, arbeitet auch mehr als 40 Stunden. Er arbeitet 60, 70 und 80 Stunden. Wenn er dann sieht, dass hinten nichts herauskommt, dass die Steuern- und Abgabenlast dermaßen hoch ist, zum Beispiel durch die kalte Progression, wird er sich fragen: Weshalb soll ich das eigentlich alles machen? – Deshalb kommt in dem gemeinsamen Antrag der CDU und FDP auch zum Ausdruck, dass wir uns im Bereich der steuerlichen Abgaben auf der Bundesebene schon einige Erleichterungen wünschen, die nach der Bundestagswahl in der Tat umgesetzt werden sollten. Es gibt da einige Ungerechtigkeiten. Wir wollen Chancengerechtigkeit auch für den kleinen und mittleren Unternehmer in der Zukunft in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen.

Herr Kollege Schweitzer, deshalb sage ich, zu dem Antrag, den Sie vorlegen, kann man nicht nein sagen. Das sind alles Dinge, die in den vergangenen Jahren teilweise auch gemeinsam aufgebaut worden sind. Sie führen die ganzen Einrichtungen auf, wie Mittelstands- lotse, Koordinierungsstelle und verschiedene Gremien. Das ist alles richtig. Die Rahmenbedingungen für den

einzelnen Unternehmer haben Sie damit aber nicht im Detail angesprochen. Das, was die Steuern und Abgaben betrifft, steht dezidiert in unserem Antrag. Zum Beispiel auch Aspekte wie der EU-Binnenmarkt, die teilweise Harmonisierung der Rechtssituation, aber auch der Steuersituation sind Dinge, die teilweise zu Wettbewerbsnachteilen für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer und unsere Mittelständler vor Ort führen.

Wenn wir den Erfolg des Mittelstands und der Mittelschicht grundsätzlich wollen, weil das im Grundsatz heute auch die Leistungsträger sind, brauchen wir eine deutliche Entlastung auf der Seite der Bürokratie, aber auch auf der Seite der Steuern und Abgaben. Vor diesem Hintergrund hätten dann kleinere und mittlere Betriebe auch eine Zukunftschance.

Lieber Herr Schweitzer, in Ihren Antrag haben Sie auch noch den Unternehmerinnen- und Unternehmergeist aufgenommen. Natürlich ist das richtig. Wir begrüßen den. Ich sage es aber noch einmal: Wenn ich mit Unternehmern spreche, sagen die mir: Es macht keinen Spaß mehr. Wir haben eine wahnsinnige Bürokratie, und wir haben eine wahnsinnige finanzielle Belastung. Weshalb sollen wir 60, 70 und 80 Stunden arbeiten? Andere machen das nicht und fallen in das soziale Netz hinein und machen sich damit das Leben wesentlich schöner. – Ja, das ist so.

Das wollen wir nach der Bundestagswahl massiv angehen, damit das Land Rheinland-Pfalz in der Tat eine Chance hat. Wir wollen alles daransetzen, dass die Wirtschaftsförderungsdinge, die aufgebaut worden sind, eine Zukunft haben. Deshalb hatten wir den Antrag gestellt, dass unsere Investitions- und Strukturbank eine eigenständige Wirtschaftsförderbank bleibt

(Beifall der FDP)

und nicht sozusagen an der linken Hand des Finanzministers hängt, der diese Bank nutzt, um die Mainzer Wohnbau GmbH, den Nürburgring und verschiedene Fußballstadien zu unterstützen. So haben wir uns die Wirtschaftsförderungsbank nicht vorgestellt.

(Beifall der FDP)

Die Wirtschaftsförderungsbank muss da sein, um die kleinen und mittleren Betriebe massiv zu unterstützen und um ihnen zu helfen. Das ist ihre vordringliche Aufgabe. Ich meine, wenn wir uns darauf einigen, dass die ISB als Wirtschaftsförderungsbank belassen wird, sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es spricht nun Herr Wirtschaftsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ist es sehr zu begrüßen, dass auf

Anregung der Antragstellerin eine Diskussion über die Mittelstandspolitik geführt wird. Welche Rahmenbedingungen müssen wir setzen, um ein gutes Umfeld für Unternehmen, gerade mittelständische Unternehmen zu schaffen? Natürlich gehört auch die Steuerpolitik zu den Rahmenbedingungen für Wirtschaftspolitik und für Mittelstandspolitik, aber sie ist da nicht der einzige Punkt. Mittelstandspolitik ist nicht gut und vorausschauend, wenn man sich allein auf die Frage der Höhe der Steuern und auf die europäischen Rahmenbedingungen konzentriert. Wir müssen uns auf die Punkte konzentrieren, bei denen wir die Möglichkeit haben, als Land Rheinland-Pfalz zu handeln. Darauf konzentrieren wir uns; denn wir betreiben praktische und konkrete Mittelstandspolitik. Deshalb ist die Schwerpunktsetzung im Antrag der SPD-Fraktion richtig und zutreffend.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Wir machen vor allen Dingen auch keine falschen Versprechungen. Herr Licht, ich führe das fort, was Herr Kollege Schweitzer aufgrund des Endes seiner Redezeit nicht mehr ausführen konnte. Herr Oettinger spricht als Ministerpräsident in Kenntnis der finanziellen Möglichkeiten, die die Länder und der Bund in den nächsten Jahren auch aufgrund der beschlossenen Schuldenbremse haben werden, nicht von Steuersenkungen, sondern er hat im Ergebnis den Vorschlag unterbreitet, Steuern zu erhöhen.

Herr Kollege Eymael, eines muss man auch zur Kenntnis nehmen: Die größten Steuersenkungen in den vergangenen Jahren hat es in Deutschland gegeben, als Sie nicht an der Bundesregierung beteiligt waren. Das ist unter Rot-Grün und unter der Großen Koalition geschehen. Da hat es die größten Steuersenkungen gerade auch für die mittelständische Wirtschaft und generell für die Wirtschaft in Deutschland gegeben.

(Beifall der SPD –
Ramsauer, SPD: So ist das! –
Unruhe bei der FDP)

Herr Baldauf nickt zustimmend. Es ist gelungen, dass wir wettbewerbsfähig geworden sind.

(Creutzmann, FDP: Mehrwertsteuererhöhung! –
Weitere Zurufe von der FDP)

– Herr Creutzmann, da Sie bald mit leuchtenden Farben nach Europa gehen, werden Sie im Vergleich feststellen können, wo Deutschland steht.

Zu dem Zeitpunkt, als die FDP noch Mitglied der Bundesregierung war, waren wir nach den Statistiken ein Hochsteuerland.

(Unruhe im Hause)

Damals haben die Unternehmenssteuern im europäischen Vergleich einen Spitzenwert eingenommen. Mittlerweile sind diese deutlich gesenkt worden. Inzwischen liegen wir im Mittelfeld. Das ist in Zusammenarbeit mit Rot-Grün und auch der Großen Koalition erreicht worden.

Meine Damen und Herren, wichtig ist aber auch, dass wir uns ganz konkret um die einzelnen mittelständischen Unternehmen kümmern. Deshalb ist die Koordinierungsstelle des Landes Rheinland-Pfalz geschaffen worden, mit der wir klar als Erste in Deutschland ein Instrument auf den Weg gebracht haben, um mittelständischen Unternehmen, die unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind, konkrete Ansprechpartner zu bieten und um Hilfe auf den Weg zu bringen. Kein anderes Land hat mittlerweile so viele beschiedene Anträge wie das Land Rheinland-Pfalz. Dazu haben wir immerhin mittlerweile 130 Anträge vorliegen. Es geht um ein Bürgschaftsvolumen von 35 Millionen Euro. Andere Länder haben unser Beispiel kopiert und haben das nachgemacht, was wir an konkreter Mittelstandspolitik betreiben.

Ich greife noch einmal das auf, was Herr Kollege Schweitzer gesagt hat. Es war in diesem Haus umstritten, ob ein Mittelstandslosse sinnvoll ist. Herr Knödler hat 370 Anliegen von mittelständischen Unternehmen entgegengenommen und bearbeitet und damit einer Vielzahl von Unternehmen geholfen. Ansatz unserer Politik ist es, nicht nur über Mittelstandspolitik zu reden, sondern im konkreten Einzelfall Hilfe zu organisieren und ansprechbar zu sein. Das ist Mittelstandspolitik, wie wir sie in Rheinland-Pfalz praktizieren.

Ich möchte noch exemplarisch auf zwei Dinge eingehen. Ich habe viele Gespräche mit Existenzgründern auch darüber geführt, welche Entscheidungskriterien dafür sprechen, ob man sich selbstständig macht oder nicht. Die Steuerhöhe hat bei mir noch kein Existenzgründer angesprochen.

Es wurden ganz andere Fragen genannt. Bin ich in der Lage, Eigenkapital zu erhalten? Habe ich eine durchdachte Geschäftsidee? In welcher Branche macht es Sinn, sich selbstständig zu machen? Das sind die Fragen, die die Existenzgründer haben.

Meine Damen und Herren, wir wollen insbesondere im Hightech-Bereich, im innovativen Bereich, mehr Existenzgründungen auf den Weg bringen. Ich kenne viele Beispiele, wo wir gut ausgebildete junge Menschen mit einer hervorragenden Geschäftsidee haben. Diese haben auch schon in einem Businessplan dargestellt, welche Geschäftsidee auf dem Markt erfolgreich umsetzbar ist.

Vielen fehlt Eigenkapital; denn keine Bank gibt einem kreativen Menschen mit einer guten Geschäftsidee ohne Banksicherheiten auch nur einen Euro. Deswegen haben wir den Innovationsfonds Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht.

Das Land Rheinland-Pfalz hat sich damit verstärkt die Möglichkeit verschafft, Eigenkapital bereitzustellen, um solche Existenzgründungen zu ermöglichen. Das stärkt den Wirtschaftsstandort. Es hat auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, dass die Existenzgründer eine Chance haben, am Wirtschaftsleben erfolgreich teilzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass diejenigen, denen wir Eigenkapital gegeben und mit Mitteln des Landes geholfen haben, Existenzgründer zu werden, später bereit sind, angemessene Steuern zu zahlen. Das Leben ist nicht nur ein Nehmen, sondern man muss in der Gesellschaft auch seinen solidarischen Beitrag leisten.

Wir brauchen eine Kultur, dass angemessene Steuern bezahlt werden, weil die Menschen und die Unternehmen wissen, dass diese Gelder sinnvoll investiert und eingesetzt werden. Auch das brauchen wir als Klima; denn Steuern sind vom Grunde her etwas Sinnvolles, weil sie notwendig sind, um einen handlungsfähigen Staat zu erhalten.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch weitere Punkte zur Clusterpolitik ausführen, die wir machen. Wir brauchen noch ein klares Bekenntnis zur Industriepolitik. Es gibt viele Felder, die wir in den Ausschussberatungen aufgreifen können.

Wir machen eine ganzheitliche Mittelstandspolitik und verkürzen diese nicht auf Fragen der Steuerpolitik. Das tun andere. Ich bin einmal gespannt, welche Anträge nach der Bundestagswahl gestellt werden. Es hängt wahrscheinlich auch vom Ergebnis der Wahlen ab, ob man weiterhin in der Rolle, in der man sich befindet, Steuersenkungsanträge stellt oder anderes in gemeinsamer Verantwortung auf den Weg bringen muss. Das bleibt ein spannender Prozess.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als besonderen Gast im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich den Generalkonsul der Niederlande, Herrn Jan Hesseling. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

(Alexander Schweitzer, SPD: Wie erhofft! –
Ramsauer, SPD: Abgangsrede!)

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Staatsminister Hering, wenn einmal wieder im Kabinett die Farbe fehlt, bin ich gern bereit, Ihnen mein Jackett auszuleihen. Damit habe ich kein Problem.

(Beifall im Hause)

Ich komme nun zur Steuererhöhung. In der Geschichte Deutschlands hat es unter der Großen Koalition 13 Steuererhöhungen gegeben, die höchsten Steuererhöhungen der Geschichte.

Herr Staatsminister Hering, jetzt kommt etwas Interessantes. Das hat Ihnen Herr Deubel wahrscheinlich noch nicht mitgeteilt. Wenn man die faktischen Steuereinnahmen im Schnitt der letzten fünf Jahre und die geschätzten niedrigen Steuereinnahmen der nächsten fünf Jahre nimmt, nehmen Bund, Länder und Gemeinden jährlich 42 Milliarden Euro mehr ein.

Herr Kollege, das Land Rheinland-Pfalz – das hat mir Herr Deubel mitgeteilt – nimmt jährlich 750 Millionen Euro ein.

(Ramsauer, SPD: Das brauchen wir doch!)

Der Staat hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Das ist die Tatsache.

(Beifall der FDP)

Dann kommen Sie mit Ihren Steuersenkungen. Sie haben die falschen Steuersenkungen vorgenommen. Sie haben eine Zinsschranke eingeführt, die den Mittelstand massiv belastet. Sie nehmen über die Steuererhöhungen dem Mittelstand das Geld ab – dieser kann kein Eigenkapital bilden, was Sie propagiert haben – und geben es ihm anschließend über die Investitions- und Strukturbank gnädig als Eigenkapitalhilfe zurück.

Das ist doch keine Wirtschaftspolitik. Lassen Sie den mittelständischen Unternehmen die Steuern, und erhöhen Sie sie nicht permanent. Dann können diese auch Eigenkapital bilden, was in der Finanzkrise notwendig ist, damit sie bei den Banken wieder Geld bekommen. Das ist doch das Problem, das sie haben.

Ich sage Ihnen: Unser Steuersystem ist nicht nur mittelstandsfeindlich. Es trifft die kleinen und mittleren Einkommen. Das hat die OECD-Studie festgestellt. Daran müssen wir gehen. Ihre Klientel wird durch die permanenten Steuererhöhungen am meisten betroffen. Dem Millionär macht dies überhaupt nichts aus.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

– Herr Kollege Ramsauer, die FDP im Deutschen Bundestag hat doch Vorschläge für zig Milliarden Euro Einnahmeneinsparungen gemacht. Ich maile sie Ihnen gern zu.

(Ramsauer, SPD: Ich bitte darum!)

Herr Hering, was uns stört, sind die tollen Anträge, die Sie oder die SPD stellen.

Meine Damen und Herren, überlegen Sie einmal. „Der Landtag begrüßt den Unternehmerinnengeist und Unternehmergeist in Rheinland-Pfalz.“

(Ministerpräsident Beck: Das ist doch gut!)

Das ist eine fundamentale Aussage.

(Glocke des Präsidenten)

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass der Mittelstand nicht immer mehr belastet wird.

Vielen herzlichen Dank.

(Ramsauer, SPD: Ab nach Brüssel!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3425 – und den Alternativantrag der Fraktionen der FDP und CDU – Drucksache 15/3534 – an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. – Ich sehe Zustimmung. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 25** der Tagesordnung auf:

Ausbau eines leistungsfähigen und umweltschonenden Bahnnetzes in Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3447 –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dötsch das Wort.

Abg. Dötsch, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist allgemeine Absichtserklärung, möglichst viele Güter auf die Bahnstrecke zu bekommen. Der Güterverkehr soll weiter eine dominierende Rolle im Fernverkehr spielen.

Trotz der Wirtschaftskrise gibt es eine Reihe von Prognosen, die diesem Ziel, viele Güter auf die Bahn zu bringen, eine positive Perspektive einräumen. Der Güterverkehr insgesamt und damit auch die Kapazitäten werden steigen, die auf der Bahn zu transportieren sind. Hiervon ist Rheinland-Pfalz als Transitland für den Güterfernverkehr mit seinen schon heute überlasteten Schienensträngen besonders betroffen.

(Beifall bei der CDU)

Besonders betroffen sind auch die Menschen, die an diesen Schienenstrecken leben, die hier Urlaub machen und ihre Ferienzeiten verbringen. Besonders betroffen sind auch die Menschen in den Tälern von Rhein und Mosel. Gerade diese Menschen brauchen keine weitere Be-, sondern Entlastung. Deswegen haben wir diesen Antrag seitens der CDU gestellt.

Die Menschen brauchen Entlastung von Bahnlärm und Bahnerschütterungen, die sie täglich erleben. Deswegen darf auch die EU-Verordnung für den Güterverkehr in der vorliegenden Form nicht verabschiedet werden. Aus diesem Grund brauchen wir auch ein erweitertes Schienennetz, ein modernes und zukunftsfähiges Schienennetz, das dem technischen Standard, den Umweltstan-

dards an Lärmimmission und den gesundheitsmedizinischen Erkenntnissen entspricht.

Es gibt eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen, die wir ergreifen können, um dieses Ziel zu erreichen. Wir haben schon des Öfteren auch in diesem Hohen Hause über dieses Thema gesprochen und diskutiert. Diese Einzelmaßnahmen müssen wie ein Mosaikbild zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Es gibt reichlich Absichtserklärungen und Forderungen aller hier vertretenen Parteien zu den einzelnen auch im CDU-Antrag aufgeführten Punkten. Wir freuen uns, dass Zeichen zu erkennen sind, dass wir in den Beratungen in den Ausschüssen vielleicht zu einem gemeinsamen Antrag kommen werden.

Uns ist allen klar, dass alle Maßnahmen nicht gleichzeitig durchzuführen und auch nicht gleichzeitig finanzierbar sind. Nur, es muss endlich einmal konkret damit begonnen werden. Seit drei Jahren diskutieren wir die Probleme.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Die K-Sohle sollte kurzfristig 10 Dezibel Lärmreduzierung bringen, also eine spürbare Lärmreduzierung und damit eine Halbierung.

Heute warten wir, warten die Menschen im Rheintal noch immer auf die Umsetzung. Mit Dämpfungsgliedern soll Lärm an der Quelle, an der Schiene, vermieden werden. Doch noch im vergangenen Jahr wurden trotz bekannter Problematik Holzschwellen durch wesentlich lautere Betonschwellen ohne Dämpfungsglieder ersetzt.

Wir brauchen eine Entlastung des Rhein- und Moseltals vom Güterbahnverkehr und Kapazitätserweiterungen für das zu erwartende Wachstum.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben dies bereits seitens der CDU mit einer Entlastungsstrasse gefordert. Nach anfänglichen Irritationen sind wir mittlerweile in diesem Hause im Konsens. Doch bei einem Streckenneubau benötigen wir 20 Jahre, beim Ausbau zwar etwas weniger, aber auch hier drängt die Zeit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns keine weiteren Jahre nutzlos verstreichen. Die Menschen draußen erwarten Ergebnisse, wollen sehen und spüren, dass es mit der technischen Umsetzung weitergeht.

Ich möchte nicht behaupten, dass nichts geschehen ist. Aber es ist zu wenig. Wenn wir nicht aufpassen, laufen wir Gefahr, dass die Entwicklung beim Güterfernverkehr und den Güterfernzügen schneller vorangeht als die Maßnahmen, die zur Lärmreduzierung führen.

Wir wollen uns mit diesem Antrag in den Dienst der Menschen stellen, die Anspruch auf eine sinnvolle und verantwortbare Lösung haben.

(Glocke des Präsidenten)

Wir wollen uns in den Dienst dieser Menschen stellen. Wir möchten mit diesem Antrag einen zusätzlichen Schub in diese Entwicklung bringen.

(Glocke des Präsidenten –
Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Zunächst begrüße ich als Gäste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendpfarramtes der Evangelischen Jugend der Pfalz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Besonders begrüße ich Frau Melissa Templin, die Gewinnerin des Quiz anlässlich der Wanderausstellung. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nink das Wort.

Abg. Nink, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, lieber Herr Kollege Dötsch, Sie haben es selbst gesagt, Ihr Antrag beinhaltet eigentlich nichts Neues. All die Themen, die Sie wieder aufgegriffen haben, sind hier schon mehrfach diskutiert worden. Wenn man dann noch unterstellt, dass die Umsetzung dieser Forderung oder Ihrer Forderungen weitgehend nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes, sondern im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegt, so könnte man diesen Antrag auch ablehnen, weil – wie gesagt – im Prinzip schon alles beschlossen worden ist.

Schon in Ihrem Vorspann sind Widersprüche zu erkennen. Sie lehnen richtigerweise die EU-Forderung zur Reservierung der Güterbahnkorridore ab, fordern aber später mit der Verlagerung des Güterverkehrs in die Eifel genau einen solchen Korridor.

Am Ende Ihres Antrags verliert sich die Sachlichkeit völlig, und Sie verfallen in frühere, teilweise populistische Forderungen.

Herr Kollege, ich glaube auch, mit redaktionellen Änderungen und Ergänzungen könnte ein gemeinsamer Antrag entstehen, welcher realistisch die zukünftigen Ziele für den Eisenbahnverkehr in Rheinland-Pfalz darstellen könnte. Dann allerdings müssten die Forderungen realistischer betrachtet und gestellt werden.

Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle die Forderung unter Punkt 6 nennen. Mit dieser Forderung bezüglich einer Entlastungsstrecke für den Güterverkehr zwischen Frankfurt – Mainz und Köln – Bonn kann man sicherlich eine Trassierung entlang der A 3 oder A 61 als mögliche Trassenführung vorschlagen. Aber ich glaube, Ihr Ansatz von 20 Jahren bis zur Inbetriebnahme einer solchen Strecke ist völlig unrealistisch.

Überlegen Sie einmal, wie lange die Neubaustrecke Frankfurt – Köln gedauert hat. Wenn Sie gleichzeitig fordern, dass kurzfristig – kurzfristig bedeutet dann in Bezug auf diese 20 Jahre einen Zeitraum weit unter diesen 20 Jahren – als mögliche Entlastungsstrecke die Eifelstrecke Trier – Köln für den Güterverkehr Richtung Saarbrücken und Lothringen zur Verfügung gestellt werden soll, sind Sie aus der Sachlichkeit heraus und im Land der Träumereien angekommen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Doch, ich sage es Ihnen. Ich begründe es Ihnen auch noch.

Herr Kollege Billen, eines ist doch wohl klar – da sind wir uns doch alle einig –, mit der Verlagerung einiger Güterverkehre aus dem Rheintal lösen wir nicht das Problem im Rheintal, sondern wir verlagern nur ein Problem in die Eifel. Die Verlagerung eines Problems kann und darf nicht Ziel eines leistungsfähigen Eisenbahnverkehrs in Rheinland-Pfalz sein.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Billen, dass diese Strecke überhaupt nicht infrage kommt, muss ich Ihnen überhaupt nicht erzählen. Da sind Sie meiner Meinung nach mit mir vollkommen d'accord. Dafür sprechen einige Punkte.

Erstens, die Bahnstrecke ist von Trier-Ehrang bis in den Raum Euskirchen eingleisig ausgebaut.

(Billen, CDU: Mit Überholspur!)

– Mit einigen Überholgleisen. Aber – darauf komme ich auch noch – die von Ihnen dargestellten Güterzüge brauchen entsprechend lange Überholgleise, und die sind nicht vorhanden. Dies würde zweitens im Ergebnis einen Zusammenbruch des Personenverkehrs, insbesondere im Nahverkehr erbringen.

Dritter Punkt. Die Nutzung als Güterverkehrsausweichstrecke würde die im Rheinland-Pfalz-Takt ab 2015 geplante Nutzung für Regionalexpressverkehre zwischen Luxemburg – Trier und Köln gefährden.

Viertens – ich denke, das ist das wichtigste Argument in der Geschichte –, der genannte Streckenabschnitt ist ohne Fahrdraht. Das würde bedeuten, sollte diese Strecke als Ausweichstrecke infrage kommen, dann müssten Diesellokomotiven zumindest in Richtung Köln mit Sicherheit in einer Mehrfachtraktion eingespannt werden, um diese Güterzüge über diese kurvenreiche und steigungsreiche Strecke zu führen.

Genau wegen dieser Dreckschleudern, die im Rheintal zu Recht den Unmut der Bevölkerung auf sich ziehen, kann es doch nicht Ihr Ziel sein, eine solche Sache einfach nur zu verlagern. An dieser Stelle ist ein Widerspruch in Ihrem Antrag sprichwörtlich zu sehen; denn Sie wollen doch ein umweltschonendes Bahnnetz in Rheinland-Pfalz. So steht es zumindest in der Überschrift.

Für diese Strecke ist zunächst die Forderung nach einer Elektrifizierung dieser eingleisigen Strecke zu erheben. Noch besser wäre – damit würde ich mich wahrscheinlich in den Bereich der Träumereien begeben – die Wiederherstellung der Zweigleisigkeit plus Elektrifizierung. Aber das ist mit Sicherheit nicht unter 20 Jahren zu realisieren. Das muss man an dieser Stelle sehen.

Mein Fazit: Der vorliegende Antrag hat insbesondere im Einleitungsteil gute, wenn auch keine neuen Ansätze. Was fehlt, ist die pragmatische und kurzfristige Umsetzbarkeit für einen fortschrittlichen Eisenbahnverkehr in Rheinland-Pfalz. Sie beschränken sich im Wesentlichen nur wieder auf die Problematik Rhein und Mosel. Ein solch weitreichender Antrag sollte meines Erachtens die gesamte rheinland-pfälzische Bahnlandschaft beinhalten. Dazu gehört die Verbesserung der Übergänge in die regionalen Netze, die sicherlich noch verbesserungswürdig sind.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind bereit, eine Überweisung des vorliegenden Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr mit dem Ziel der Erarbeitung eines gemeinsamen Antrags mitzutragen. Ein solcher gemeinsamer Antrag wäre ein Zeichen an die Entscheidungsträger bei Bund und Bahn, damit die Forderungen aus Rheinland-Pfalz für einen fortschrittlichen Eisenbahnverkehr wahrgenommen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der CDU geht in die richtige Richtung. Wir werden ihn sicherlich im Ausschuss eingehend beraten.

Güterverkehre bringen Lärm. Darüber sind wir uns alle einig. Je mehr Güterverkehr wir auf die Schiene bekommen, umso mehr Lärm haben wir auf der Schiene.

Es ist mir ein Presseartikel des Landrats Albers von der sozusagen anderen Seite aufgefallen. Ich will mit Erlaubnis zitieren.

Der Landrat Albers hat erklärt: „Es wurden ganz erhebliche Lärmpegel in Walluf gemessen“. – Durchschnittspegel Wallufer Hauptstraße 79,2 Dezibel bei Tag, bei Nacht 80,1, die Spitze eines vorbeifahrenden Zuges betrug 102 Dezibel. In Rüdesheim hat es sogar 106 Dezibel gegeben.

Das ist natürlich eine extreme Belastung. Er hat es als absolut unerträglich bezeichnet.

Er kritisiert die Bundesregierung und die Bahn; ich finde zu Recht: „Außer ‚kosmetischen Arbeiten an den Gleisen, die bei Assmannshausen mit Schmierfett eingerie-

ben werden, damit die Räder nicht so quietschen‘, sei bislang ‚nichts passiert‘.

(Creutzmann, FDP: Hört! Hört!)

Dabei seien von ‚Mehdorn und Konsorten‘ Flüsterbremsen versprochen worden. Sein Nachfolger, der neue Vorstandschef Rüdiger Grube, habe sich dazu noch gar nicht geäußert. ‚Ich erwarte, dass er ins Rheintal kommt und den Menschen Rede und Antwort steht‘, so Albers.

Er bezweifle, dass die Umrüstung auf die K-Sohle erfolgen werde. Aufgrund der Wirtschaftskrise stünden ‚Güterwaggons rum,‘ – ich glaube, bis zu 70 Kilometer Güterwaggons stehen im Moment leer herum – ‚die jetzt ohne Betriebseinschränkungen umgebaut werden könnten‘, doch nichts geschehe. Der Verkehr, der auf der Nord-Süd-Strecke durchs Welterbetal rollt, werde weiter zunehmen, prophezeit Albers. Für Güterverkehr gebe es ‚keine Alternative als eine neue Bahnstrecke – raus aus dem Mittelrhein.‘

(Beifall bei der FDP)

„Die Zeit des Vertröstens ist vorbei. Wir müssen ... lautstark gegen den Lärm vorgehen.“ –

Das ist so die Stimmung, die wir im Moment am Mittelrhein, aber auch im Moseltal haben, dort, wo wir die Güterverkehre haben. Herr Minister Hering, es nützt nichts, wenn man in einem Abstand von einem halben Jahr immer wieder neue Veranstaltungen durchführt und darauf hinweist, aber nichts erfolgt.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Warum werden die Güterwaggons derzeit nicht umgestellt? Es sind Tausende, die in dieser Wirtschaftskrise leer stehen. Diese könnten jetzt auf K-Sohlen oder L-Sohlen umgestellt werden, damit die Menschen ein Stück weit vom Lärm befreit werden. Das wird auch in diesem Antrag ein zentraler Punkt sein.

Ich will noch darauf eingehen, dass wir unseren Personennahverkehr erhalten müssen und das, was über viele Jahre aufgebaut worden ist – da sind Sie auf einem guten Weg –, der Rheinland-Pfalz-Takt, in seinem Bestand gesichert bleibt. Dazu ist es notwendig, dass die Regionalisierungsmittel auch in der Zukunft gewährleistet sind. Ich hoffe, dass es nicht zu weiteren Kürzungen kommt, damit der Personennahverkehr, damit diese Erfolgsstory fortgeführt werden kann und dieser Schienenpersonennahverkehr im Grundsatz mit mehr Fahrgästen genutzt werden kann.

Dazu ist sicherlich auch noch notwendig, dass der eine oder andere Bahnhof zusätzlich renoviert wird, man über die Vertaktungen in dem einen oder anderen Fall nachdenkt und möglichst neues Zugmaterial anbietet, damit auch der Gast heute Qualität bekommt. Qualität bedeutet Zugmaterial und Pünktlichkeit. Das ist das A und O, das wir im Personennahverkehr brauchen.

Ich habe allerdings ein bisschen die Bedenken, dass sowohl der Fernverkehr versucht sich „zu entlasten“, auf

Strecken des Nahverkehrs zu verlagern, genauso auch umgekehrt der Güterverkehr den Nahverkehr auf der Schiene immer mehr beeinträchtigen wird. Hier müssen wir in Zukunft gemeinsam aufpassen, dass das, was wir hier erreicht haben, auch bestehen bleibt.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Anmerkung zu dieser neuen Alternativstrecke machen, die jetzt durch die Medien geistert. Wie heißt es so schön: Hunsrück-basistunnel. – So wird die neue Strecke schon genannt.

Machen wir uns nichts vor. Wenn Sie eine solche Bahnstrecke entlang der A 61 zur Entlastung des Güterverkehrs am Mittelrhein bauen wollen, wird das erstens einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten und zweitens einen Zeitraum von 20 bis 40 Jahren beanspruchen, um eine solche Strecke wirklich zu realisieren.

(Ministerpräsident Beck: Mindestens zweistellig!)

– Ja, mindestens zweistellig.

Deswegen müssen wir sicherlich vorsichtig sein. Wir dürfen den Menschen im Mittelrheintal auch nicht zu viel vormachen. Wir müssen alles daransetzen, dass wir das, was wir jetzt an Zugmaterial haben, leiser gestalten, die Bremsen austauschen.

Dann muss aber auch etwas erfolgen. Dann muss einmal ein Schwung kommen. Die Menschen müssen einmal weniger hören.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP –
Glocke des Präsidenten)

Die Gefahr besteht natürlich, dass das so schnell auch nicht sein wird, weil die Güterverkehre im Nord-Süd-Bereich leider Gottes nach der Wirtschaftskrise sicherlich wieder zunehmen werden.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Staatsminister Hering.

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein wichtiges Anliegen von Verkehrspolitik ist, dass wir die Akzeptanz von Güterschieneverkehr erhalten; denn wir bekommen zunehmend Probleme, dass Regionen berechtigterweise über die steigende Belastung durch Lärm aus Güterverkehr Klage führen und wir damit insgesamt Gefahr laufen, Akzeptanz von Güterverkehr zu verlieren.

Aber das verkehrspolitische Ziel muss natürlich bleiben, möglichst viele Güter auf die Schiene zu verlagern. Wir haben 2007 die Trendwende erreicht. Das Jahr 2007 war das Jahr, in dem zum ersten Mal der Zuwachs an Gütern, die über die Schiene transportiert wurden, größer war als auf der Straße.

Diese Trendwende müssen wir fortführen. Dafür müssen wir mehr in die Schieneninfrastruktur investieren und wirksame Schritte unternehmen, um den Schienenlärm zu reduzieren.

Wir brauchen dazu aber ganzheitliche, nachhaltig sinnvolle Konzepte. In Ihrem Antrag wird eine Reihe sinnvoller Vorschläge gemacht. Es gibt aber auch Vorschläge, über die man diskutieren muss. Es sind kurzfristige Maßnahmen, die sich in einem langfristigen Konzept später als kontraproduktiv erweisen.

Wir brauchen nachhaltig sinnvolle Konzepte, um jetzt verantwortlich zu entscheiden, welche Investitionen sinnvoll sind und zeitnah auf den Weg gebracht werden müssen.

Ich glaube, wir haben das sehr vorbildlich im Rheinland-Pfalz-Takt gemacht. Früher unter gemeinsamer Verantwortung haben wir gezeigt, dass das Land in der Lage ist, erfolgreich Schienenpersonennahverkehr zu organisieren. Wir hatten einen Zuwachs von über 100 % der Nutzer des Schienenpersonennahverkehrs und die Angebote um 50 % erweitert.

Wir werden aufbauend auf diesen Erfolgen das Konzept mit dem Rheinland-Pfalz-Takt 2015 weiterentwickeln. Es wird uns gelingen, weil wir ein langfristiges Konzept mit abgestimmten Regionalexpressverbindungen vorlegen, jetzt schon entscheiden zu können, welche Züge ab dem Jahr 2015 fahren werden.

Wir erreichen mit demselben Geld, statt 33 Millionen Zugkilometer künftig 40 Millionen Zugkilometer zu bestellen. Wir werden durch die Einsparungen, die wir in Ausschreibungsverfahren erzielen, in der Lage sein, eine Reihe von Strecken in Rheinland-Pfalz zu reaktivieren. Dazu gehört die Hunsrückstrecke, die größte Reaktivierung einer Bahnstrecke seit dem Zweiten Weltkrieg.

Das zeigt, mit nachhaltiger Politik, mit langfristigen Konzepten kann ich mit demselben finanziellen Aufwand deutlich mehr für Bürgerinnen und Bürger erreichen. Das muss Politik sein, die wir in Rheinland-Pfalz machen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, in dem Bereich „Maßnahmen gegen Schienenlärm“ haben wir unbestreitbar die Federführung in Deutschland, weil die Anregung, die Akzente von uns gekommen sind. Wir haben in einem Antrag im Bundesrat vor zwei Jahren die Maßnahmenpakete beschrieben, die notwendig sind, um zeitnah Maßnahmen gegen den Schienenlärm auf den Weg zu bringen.

Der Diskussionsprozess hat dazu geführt, dass statt ursprünglich 50 Millionen Euro aktuell 250 Millionen Euro für die Maßnahmen im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen. Ein Großteil der Mittelmehrungen ist aufgrund der Diskussion entstanden, die wir hier in Rheinland-Pfalz geführt haben, auch eine gemeinsame Aktion, die von allen Parteien des Hauses getragen wird.

Herr Eymael, die Maßnahmen sind in der Umsetzung. Aus dem Konjunkturpaket II werden bundesweit für die Pilotmaßnahmen 50 Millionen Euro investiert, allein 12

Millionen Euro in Rheinland-Pfalz. In sieben Gemeinden werden diese Maßnahmen in den nächsten zwei Jahren umgesetzt sein.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Ich habe dem Bundesverkehrsminister gesagt, der Schlüssel 50 : 12 ist eine angemessene Verteilung für Finanzmittel. Man sollte vielleicht auch für andere Projekte diesen Schlüssel künftig wählen, wenn man Finanzmittel nach Rheinland-Pfalz verteilt.

Wir können sehen, wie wichtig das Problem am Mittelrheintal genommen wird. Es wird auch damit begonnen, die Waggons mit modernem Bremsmaterial umzurüsten.

Was hindert uns derzeit daran? – Ein langwieriges Verfahren bei der EU.

Ich bin für freie Grenzen der Waren zur Beachtung des Wettbewerbs und dafür, dass die EU Maßnahmen ergreift, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Wir übertreiben es aber auch in vielen Bereichen. Dass es für die Umrüstung von Bremsen an Güterwaggons eines monatelangen Verfahrens bei der EU-Kommission bedarf, um den Nachweis zu führen, dass damit keine Wettbewerbsverzerrung betrieben wird, damit übertreiben wir es.

Auch da müssen wir dafür sorgen, dass wir in Europa handlungsfähig bleiben, wenn wir etwas für die Menschen auf den Weg bringen müssen und nicht von der Bürokratie in Brüssel behindert werden.

(Beifall der SPD)

Herr Creutzmann, Sie können sich auch dafür einsetzen, dass dies zügiger geschieht.

Die Waggons werden umgerüstet, und wir haben die Zusage des Bahnchefs, die dieser bei seinem Antrittsbesuch mit Herrn Ministerpräsidenten Beck noch einmal bestätigt hat, dass es ein wichtiges Thema für die DB AG, aber insbesondere auch für das Mittelrheintal ist, Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir haben die Zusage der DB AG, dass die umgerüsteten Waggons zunächst im Mittelrheintal eingesetzt werden, damit die Menschen dort eine Entlastung spüren.

Meine Damen und Herren, zu dem Maßnahmenpaket gehört auch eine Alternativtrasse. Unsererseits besteht die klare Zielsetzung, dass dies in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen wird. Wir brauchen eine Alternativtrasse. Ich weiß, es wird mindestens 15 bis 20 Jahre dauern, bis wir mit dem Bau der Trasse beginnen können. Wir müssen dabei auch an kommende Generationen denken. Der Güterverkehr wird zunehmen, wenn wir die Investitionen an den Überseehäfen in die Schieneninfrastruktur oder in den Alpentunnel oder den Gotthardtunnel betrachten. All dies wird erweitert. Durch das Nadelöhr Mittelrheintal wird zukünftig mehr Güterverkehr rollen. Dies ist auf Dauer nicht akzeptabel; deswegen brauchen wir eine Alternativtrasse.

Wir brauchen dazu aber auch ein großes Untersuchungsgebiet vom Rhein-Main-Gebiet bis zur französisch-belgischen Grenze, welches die richtige Trasse in diesem Bereich ist und wo sie sinnvollerweise geführt wird. Wir brauchen darüber hinaus eine Entscheidung, inwieweit die Regionen, die zukünftig an dieser Trasse liegen werden, davon profitieren können.

Die gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Bund hat daher eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um auf der Grundlage solider Daten eine verlässliche und vernünftige Aussage zu treffen. Die Verlagerung der Verkehre durch die Eifel auf vorhandene Strecken wird nicht die nachhaltige Entlastung bringen, die wir brauchen.

Wir sind in allen Bereichen tätig, und wir werden auch nicht nachlassen, auf den Bund und Europa Druck auszuüben, damit die Maßnahmen zügig umgesetzt werden. Wir haben den Menschen im Mittelrheintal auch keine falschen Versprechungen gemacht. Wir haben immer genau kommuniziert, was zeitnah umgesetzt werden kann, und wir haben immer kommuniziert, dass eine Alternativtrasse mindestens zwei Jahrzehnte benötigen wird. Aber wenn wir jetzt nicht damit anfangen, wird die Trasse nie kommen. Auf diese Weise betreiben wir ganzheitlich Schienenpolitik über den Tag hinaus, und ich halte es für sinnvoll, dass wir dieses Thema auch intensiv im Ausschuss diskutieren. Wir werden seitens des Ministeriums auch gern die notwendigen Informationen für diesen Diskussionsprozess bereitstellen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wird Ausschussüberweisung beantragt?

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Ja!)

Somit wird der Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Europafragen überwiesen. Sind Sie damit einverstanden? – Es gibt keine Einwände, dann ist dies so beschlossen, und der Antrag wurde an die Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe nun **Punkt 26** der Tagesordnung auf:

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten eindämmen Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3497 –

Gemäß Beschluss im Ältestenrat ist eine Behandlung ohne Aussprache vereinbart worden.

Wird auch für diesen Antrag Ausschussüberweisung beantragt?

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Ja, Ausschussüberweisung!)

Damit wird der Antrag an den Innenausschuss überwiesen. – Gibt es darüber Einverständnis? – Wenn es keinen Widerspruch gibt, ist dies so beschlossen.

Die Fraktionen haben sich geeinigt, **Punkt 27** von der Tagesordnung abzusetzen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung angelangt. Ich darf Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 2. September 2009, um 14:00 Uhr einladen und wünsche Ihnen ein schönes und vergnügliches Wochenende.

Ende der Sitzung: 11:54 Uhr.